



Evangelische Verantwortung

Sozialismus am Ende

Peter Hintze

Wir können in diesen Tagen eine interessante Beobachtung machen. Während sich die Menschen in Osteuropa mit Schrecken von allen Spielarten des Sozialismus abwenden, erleben wir bei einigen westdeutschen Theologen eine nostalgisch verklärte Sozialismus-Renaissance. Dabei wird die These aufgestellt, nicht der Sozialismus sei gescheitert, sondern es hätten lediglich die dafür verantwortlichen Politiker versagt. Der Sozialismus sei eine menschenfreundliche Idee, die es zu retten gelte. Diese Behauptung hat zwar nicht den geringsten empirischen Anhaltspunkt, wird aber vielleicht gerade deshalb besonders energisch vertreten.

Es verwundert nicht, daß die SED/PDS diese These gerne aufgreift. So versucht sie, Mauer und Todesstreifen als stalinistischen Irrtum abzutun, die miserablen Ergebnisse der Planwirtschaft herunterzuspielen und das totalitäre Antlitz des SED-Staates als Betriebsunfall hinzustellen. Die Idee des Sozialismus sei dadurch aber nicht widerlegt. Traurig ist, daß die PDS bei diesem Versuch der Sozialismusapologie auch noch kirchliche Unterstützung findet.

So lud die Evangelische Akademie Mülheim zu einer Tagung mit dem Thema „Sozialismus am Ende?“ ein, bei der ein PDS-Präsidiumsmitglied das Einleitungsreferat hielt. Unter dem Beifall des PDS-Parteiorgans „Neues Deutschland“ legte er dar, daß es eben „unterschiedliche Ausformungen“ des Sozialismus gebe. Die engagierten Bürgerinnen und Bürger, die die friedliche Revolution in der DDR getragen haben, können es nur als Hohn empfinden, daß ausgerechnet

eine Evangelische Akademie ein solches Forum bietet.

Wir müssen als EAK in der Diskussion deutlich machen, daß der Sozialismus von seiner Natur her totalitär ist und nur **gegen** die Menschen durchgesetzt werden kann.



Der EAK-Bundesvorsitzende Peter Hintze warnt vor einer moralischen Aufwertung des Sozialismus durch kirchliche Kreise.

Damit übersehen wir nicht, daß der Sozialismus im 19. Jahrhundert der Versuch war, die sozialen Folgen der industriellen Revolution zu bewältigen. Wir müssen aber feststellen, daß die Überwindung der Güterknappheit, die soziale Sicherung der Arbeitnehmer, die Mitbestimmung, die Humanisierung der Arbeitswelt und die gerechte Beteiligung an der steigenden Wirtschaftskraft eben nicht durch den Sozialismus, sondern durch das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft erzielt wurde.

Sozialismus – keine menschenfreundliche Utopie

Der Sozialismus ist keine menschenfreundliche Utopie, wie seine Verteidiger behaupten, er ist bestenfalls eine politische Fata Morgana. Dieses Trugbild darf nicht aufs neue Menschen in die Irre führen. Die von den Kirchen eingeforderte „Solidarität der Weltgesellschaft“, das Wissen, daß wir von Gott den Auftrag zur Bewahrung seiner Schöpfung haben und uns mit humanitärer Vernunft und technischer Rationalität dieser Aufgabe stellen, hat nichts mit dem Begriff „Sozialismus“ zu tun. Mit fröhlichem Glauben, festem Herzen und wachem Verstand wollen wir für die Menschen arbeiten.

Millionen hungern und dürsten – und wir?

Hermann Gröhe

Einsatz für mehr Gerechtigkeit in der Welt, der Kampf gegen Hunger, Krankheit, Analphabetismus und Ausbeutung kann für Christdemokraten nicht ein Thema unter vielen anderen sein. Angesichts des ungeheuren Leids auf dieser Erde – jeden Tag sterben laut *terres des hommes* 40 000 Kinder an Hunger oder unterernährungsbedingten Krankheiten – sind wir in unserer Glaubwürdigkeit in einer Art und Weise herausgefordert, die eine radikale Antwort verlangt.

Millionen hungern und dürsten. Hungern und dürsten wir nach Gerechtigkeit? Stellen wir uns – auch in der Politik – dem Gebot, den Hungrigen und Durstigen, den Nackten, den Heimatlosen zu helfen?

Oder haben wir vor dem ungeheuren Ausmaß des Elends kapituliert, sind wir abgestumpft gegenüber den Bildern und Nachrichten, die uns die Not der allermeisten Menschen fast täglich vor Augen führen – und die uns aufschreien lassen müßten? Ich jedenfalls stelle bei mir immer wieder erschreckt fest, wie leicht ich mich an diese Bilder und Nachrichten zu gewöhnen drohe.

Wir müssen uns klar darüber sein: Hunger und Elend bedrohen Leben und Menschenwürde von weit mehr Menschen als der Kommunismus oder jede andere totalitäre Ideologie. Das „Feindbild“ Welthunger wäre durchaus angemessen. Doch da dieser Feind uns nicht bedroht, vergessen wir ihn nur allzu leicht.

Nun, da in unseren Breiten das Freund-Feind-Denken einem besseren Miteinander weicht, muß unsere ganze Aufmerksamkeit dem Sieg über Hunger und Elend gelten. Das Ende des Ost-West-Konfliktes ermöglicht, ja verlangt, drastische Abrüstungsschritte auch und gerade, um die freiwerdenden Mittel zur Lösung des Nord-Süd-Konfliktes einzusetzen. 1987 standen 1016,4 Milliarden US-Dollar an weltweiten Militärausgaben 50,35 Milliarden US-Dollar an Nettoauszahlungen in der Entwicklungszusammenarbeit gegenüber. Daß der Westen es dabei auf 41,7 Milliarden Dollar für die Entwicklungszusammenarbeit brachte (Militärausgaben: 479 Milliarden), der Osten aber nur auf 4,8 Milliarden Dollar (gegenüber 364,5 Milliarden) und daß auch die sogenannten Entwicklungsländer 115 Milliarden für ihr Militär ausgaben, ändert

nichts daran: die gewaltige Verschwendung an Ideen, Rohstoffen, Arbeit und Geld für Rüstungsgüter ist angesichts der Not in der Welt ein Skandal!

Jetzt in der Rüstung einzusparende Mittel müssen zur deutlichen Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe genutzt werden. Auch die Bundesrepublik Deutschland ist von ihrer 1969 gegenüber den Vereinigten Nationen abgegebenen Selbstverpflichtung, 0,7% des Bruttosozialproduktes für öffentliche Entwicklungshilfe aufzuwenden, weit, weit entfernt. Unter Einbeziehung der Studienplatzkosten für Studentinnen und Studenten aus den sogenannten Entwicklungsländern liegt der Anteil seit Jahren bei ungefähr 0,4%. Das 0,7%-Ziel muß schnellstmöglich erreicht werden.

Investitionsanreize setzen

Gewiß, die deutsche Einheit verlangt jetzt große wirtschaftliche Anstrengungen. Hinzu kommt die Entwicklung in Osteuropa, die es zu unterstützen gilt und die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes. Die Ärmsten der Welt fürchten, daß ihre Anliegen dabei zu kurz kommen. Zu Unrecht?

Viele private Investoren werden die Nutzung der neuen Chancen in der DDR und in Osteuropa dem Engagement in den unsicheren Regionen auf der südlichen Halbkugel vorziehen. Hier muß die Politik gegensteuern, indem Investitionsanreize ausgebaut werden, indem die Befriedigung bestehender Krisenherde vorangetrieben wird.

Von der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes erhoffen sich die südeuropäischen Länder eine bessere Durchsetzung ihrer landwirtschaftlichen Produkte auf dem gemeinsamen Markt. Sie sind daher an Handelschranken gegenüber den sogenannten Entwicklungslän-

dern interessiert. Dies wäre ein verhängnisvoller Schritt. Bisher hat die EG wichtige Schritte getan, um weltweit zu gerechteren Handelsbedingungen zu kommen. So wurden im Lomé-Abkommen 68 Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raumes zollfreie Einfuhren in die EG bei Garantierung eines Mindestertöses durch die Möglichkeit von Ausgleichszahlungen ermöglicht: die Mittel dafür wurden im Dezember 1989 (Lomé IV) um 40% erhöht. Diese Politik muß ausgebaut werden!



Hermann Gröhe, Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands: Der durch Armut erzwungene Raubbau an der Natur muß beendet werden.

Gerechtere Handelsbedingungen sind der wichtigste Schritt, Hilfe zur Selbsthilfe wirksam werden zu lassen. Hinzu kommen auch weiterhin die gezielte Förderung des Bildungs- und Gesundheitswesens, des Verkehrsnetzes und des Umweltschutzes.

Gerade das unzureichende Bildungssystem verhindert wichtige Entwicklungsschritte. Noch immer gibt es eine Milliarde Analphabeten, besuchen nur 50% der Kinder in Afrika und 75% der Kinder in Lateinamerika eine Schule. Besonders Mädchen haben oft denkbar schlechte Startchancen in ihr zukünftiges Leben.

Entwicklungsvoraussetzungen

Doch nicht allein Lesen und Schreiben, auch politisches Handeln muß gelernt werden. Menschenrechte, demokratisches Mitspracherecht und eine effektive Verwaltung sind entscheidende Entwicklungsvoraussetzungen. In beiden Bereichen will die Junge Union ein kleines Zeichen setzen. So unterstützen wir im endlich freien Chile eine Kindertagesstätte in Santiago de Chile mit mehr als 480 Kindern sowie ein Projekt der politischen Bildung in der Provinz Llanquihue.

– Hilfe für Kinder in Santiago de Chile

– Politische Bildung in Llanquihue

Wer diese Projekte der Jungen Union Deutschlands unterstützen will, kann dies tun:

Kto. Nr. 035 183 303

Kennwort „Chile“

Deutsche Bank Bonn

BLZ 380 700 59

Allen Spendern sei herzlich gedankt!

Die Hilfe aus den reichen Ländern der Erde kann etwas bewirken! So stieg die Nahrungsmittelproduktion von 1961 bis 1970 in den sogenannten Entwicklungsländern um jährlich 2,2%, seit 1970 um jährlich 3,2%. Zu wenig, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, in der Familienplanung deutliche Fortschritte zu erzielen. Aber merhin wurden Indien, Indonesien und China von einfuhrabhängigen Ländern zu Nahrungsmittelexporteuren.

Vieles – über 80% der Investitionen in der sogenannten Dritten Welt – wird dabei aus eigener Kraft geleistet.

Unsere Solidarität, unsere verstärkte Solidarität ist aber weiterhin gefordert. Dies ist eine moralische Pflicht. Sie liegt aber auch im eigenen Interesse. Dies macht das Thema globaler Umweltschutz – ein zentrales Zukunftsthema! – deutlich.

Die Abwendung der drohenden Klimakatastrophe setzt nicht allein bei uns – etwa bei der Energiegewinnung, in der Chemie – drastische Maßnahmen voraus, sondern auch die Hilfe zu derartigen Maßnahmen und zum Verzicht auf weiteren Raubbau an der Natur in den ärmeren Ländern; beispiels-

Die 90er Jahre: Chance für die Zukunft der Erde

Jürgen Warnke

Europa befindet sich im Umbruch. Noch vor einem Jahr schien der Ostblock festgefügt, schien die Ordnung, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, stabil zu sein. Das atemberaubende Tempo, mit dem sich das Gesicht Europas seither verändert, läßt jetzt deutlich werden, daß es sich nicht um eine Ordnung auf soliden Fundamenten handelte, sondern daß ausschließlich Druck und Gewalt das sozialistische Lager zusammenhielten.

Die tiefgreifendste Veränderung findet im Herzen Europas, in Deutschland statt. Polen und Ungarn, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion sind im Begriff, ihre politischen Systeme zu verändern. Der deutsche Teil des Ostblocks, die DDR, ist auf dem Wege, von der politischen Landkarte zu verschwinden, die Grenze, die beide Staaten in Deutschland bisher trennte, zu tilgen und sich mit dem westlichen Teil zu einem neuen Staat zu vereinigen. Während diese Ereignisse im Zeitraffertempo vor unseren Augen abrollen und unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen, steht die Zeit im Rest der Welt jedoch nicht still:

- In Amazonien werden die Regenwälder weiter abgeholzt.
- Im Sudan und Äthiopien drohen Hungersnöte.
- In Mosambik und in Sri Lanka fordern Bürgerkriege noch immer täglich Opfer.

Fortsetzung von S. 2

weise beim Erhalt der Regenwälder. Es ist das Verdienst von Bundeskanzler Helmut Kohl, dieses Thema auf die Tagesordnung der Weltwirtschaftsgipfel gesetzt zu haben.

Der durch Armut erzwungene Raubbau an der Natur muß beendet werden. Dazu müssen die Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern andere Chancen für ein besseres Leben erhalten. Freiräume für eine Umorientierung der dortigen Wirtschaft sind zu schaffen.

Dies kann etwa dadurch geschehen, daß Schuldenerlasse zur Bewältigung der Schuldenkrise an umweltpolitische Schritte geknüpft werden.

Durchgreifende Taten sind jedenfalls jetzt gefordert. Christdemokraten müssen dazu bereit sein. Unser Einsatz sollte einer guten Zukunft für alle Menschen sowie für die gesamte übrige Schöpfung gelten. ■

- Die Kampfansage der Drogenmafia bedroht heute Kolumbien – morgen kann sie uns bedrohen.
- Von Afghanistan bis zum Atlantik verstärken sich fundamentalistische Strömungen, die dem Weltfrieden gefährlicher werden können als der Ost-West-Gegensatz war.

Gefährdung des Planeten

Dies sind Beispiele, die deutlich machen, daß Deutschland und Europa es sich nicht leisten können, in eine Nabelschau zu verfallen und die Vorgänge in der Dritten Welt außer acht zu lassen. So sehr uns die Siege von Demokratie, Menschenrechten und Freiheit in Europa begeistern, so bedrohlich ist die Häufung von Problemen im Süden der Welt. Dort bahnen sich Entwicklungen an, die die Zukunft des Planeten gefährden könnten.

Bereits wenige Tage nach der Öffnung der Berliner Mauer hat der Bundeskanzler eindeutig klargestellt, daß **Deutschland sich seiner Verantwortung für die Dritte Welt nicht entziehen werde** und daß die Entwicklungshilfe ungeschmälert fortgeführt wird. Ein eindrucksvoller Beleg dafür ist der Entwurf des Haushalts 1991: Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit steigt um 400 Mio DM, erheblich stärker als der Bundeshaushalt insgesamt. Von dieser neuen Basis in der mittelfristigen Finanzplanung ausgehend stehen der deutschen Entwicklungshilfe in den nächsten fünf Jahren insgesamt 2 Milliarden Mark mehr zur Verfügung als ursprünglich vorgesehen. Viele hatten befürchtet, der Entwicklungsetat werde auf dem heutigen Stand eingefroren, aber Theo Waigel hat hier nicht als Bundesfinanzminister gedacht und gehandelt, sondern er hat als Vorsitzender der CSU aus christlicher Verantwortung eine

politische Entscheidung getroffen, mit der das reiche Deutschland seiner Verantwortung gegenüber den Armen und zum Erhalt der Schöpfung gerecht wird.

Sinne investieren werden. Denn die Aufgabe, die Umwelt in den Entwicklungsländern zu erhalten, kann nicht dadurch gelöst werden, daß Teile der Länder in Reservate verwandelt werden.



Dr. Jürgen Warnke, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Die Deutschen werden sich ihrer Verantwortung gegenüber der Dritten Welt bewußt bleiben.

Die politische Entwicklung in Europa eröffnet jetzt große Chancen für die Dritte Welt. Das Ende des Kalten Krieges bringt uns eine Zeit der politischen Entspannung und der Abrüstung. Je weniger Waffen und Soldaten zur Sicherung des Friedens in Europa erforderlich sind, desto größer wird der politische und nicht zuletzt finanzielle Spielraum: Die eingesparten Mittel werden auch der Entwicklungshilfe zugute kommen und helfen, die Probleme der Dritten Welt zu lösen.

Teufelskreis der Armut durchbrechen

Die Anforderungen an das finanzielle Engagement der Industrieländer in der Dritten Welt steigen. Allein der Bereich „Umwelt und Entwicklung“ wird im vor uns liegenden Jahrzehnt erhebliche Investitionen erfordern. In den 90er Jahren besteht die letzte Chance, die wirtschaftliche Entwicklung der Länder der Dritten Welt mit der Erhaltung der Natur und der schonenden Ressourcenverwendung in Einklang zu bringen und irreparable Schäden an der Umwelt zu vermeiden.

Dies bedeutet keinesfalls, daß die Industrieländer Milliarden in den Naturschutz im engeren

Dies ließe die eigentlichen Ursachen der Naturzerstörung außer acht. Armut und ständig steigende Bevölkerungszahl zwingen viele Menschen, ihren täglichen Überlebenskampf durch Ausbeutung und Vernichtung der Natur zu führen. Wer heute nicht weiß, was er morgen seiner Familie zu essen geben soll, kann keine Rücksicht auf die Natur nehmen.

Der Zusammenhang zwischen Armut, Bevölkerungswachstum und Naturzerstörung muß bei allen Bemühungen, die natürliche Umwelt zu erhalten, berücksichtigt werden. Daraus ergibt sich, daß dieser Teufelskreis an möglichst vielen Stellen gleichzeitig aufgebrochen werden muß. Die wirksamste Waffe zur Erhaltung der Natur ist, durch Bekämpfung der Armut die sonst unvermeidliche Naturzerstörung zu beenden.

Die Dimension der Aufgabe wird deutlich: Um die Welt für die kommenden Generationen zu erhalten, ist es notwendig, einer Milliarde Menschen aus der absoluten Armut herauszuhelfen, damit sie sich den „Luxus“ leisten können, die natürliche Umwelt und die begrenzten Ressourcen schonend zu behandeln.

Die Armut ist auch die Kernfrage des **Drogenanbaupro-**

blems in einigen Entwicklungsländern. Arme Bauern können ihre Familien oft nur durch die Anpflanzung von Coca oder Mohn ernähren, da andere Anbauprodukte als Erwerbsquelle nicht rentabel genug sind. Große Entwicklungsanstrengungen sind hier erforderlich, um die Bauern dazu zu bringen, von dem illegalen Drogenanbau abzulassen.

Da reicht es nicht aus, die Coca-Pflanzen auszureißen. Vielmehr ist es nötig, ganze Regionen zu entwickeln, die Infrastruktur und die Absatzchancen für Ersatzprodukte zu verbessern. Durch Schaffung neuer Arbeitsplätze im handwerklichen Bereich muß das Einkommen der Landbevölkerung erhöht werden. Nur wenn es ihnen bessergeht, können die Menschen vom Drogenanbau abkommen, ohne in Not zu geraten.

Sowohl die Umweltfrage als auch der Drogenanbau zeigen, daß letztlich in der Armut der Menschen die Ursache der Probleme liegt. In der Bekämpfung

der Armut liegt also der Schlüssel zur Lösung. Dabei steht die staatliche Entwicklungshilfe erfreulicherweise nicht allein. An der vordersten Front stehen hier die **Kirchen und andere private Organisationen**, die oftmals den besseren Zugang zu den Ärmsten der Armen haben als staatliche Stellen.

Über Einsparungen in der Rüstung hinaus stecken weitere Chancen für die Dritte Welt in der freiheitlichen Entwicklung Mittel- und Osteuropas:

- Die Volkswirtschaften des bisherigen Ostblocks werden sich rasch erholen. Diese wirtschaftliche Gesundung wird eine erhöhte Nachfrage nach Produkten und Rohstoffen aus der Dritten Welt erzeugen und die Volkseinkommen der Entwicklungsländer steigen lassen.
- Mittel- oder langfristig werden die Länder Osteuropas in den Kreis der reicheren Industrienationen eintreten und damit zu Entwicklungshilfe-Gebern werden.

- Der Zusammenbruch der sozialistischen Kommandowirtschaft wirkt beispielhaft auch für die Entwicklungsländer. Die Erkenntnis, daß wirtschaftliche Entwicklung nur auf der Grundlage von privater Initiative und ohne bürokratische Hemmnisse möglich ist, setzt sich auch in der Dritten Welt durch.
- Das Ende der stalinistischen Diktaturen hat bereits zu einem politischen Erwachen vieler Völker geführt. In Afrika und Asien wird der Ruf nach dem Ende von Einparteiherrschaften lauter. Manche Regierungen haben bereits dem Marxismus-Leninismus als allein-seligmachender Staatsdoktrin abgeschworen.

Ein verlässlicher Partner bleiben

Diese Beispiele zeigen, daß die Revolution in Osteuropa die Türen zu vielversprechenden Entwicklungen auch in der Dritten Welt aufgestoßen hat und daß eine kurzfristige Verlage-

rung des öffentlichen Interesses keine negativen Auswirkungen auf die Entwicklungsländer mit sich bringen muß.

Auch das vereinte Deutschland wird für die Länder der Dritten Welt ein verlässlicher Partner bleiben. In den Konsultationen zwischen dem BMZ und dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit der DDR sind bereits weitreichende Ergebnisse für eine gemeinsame Entwicklungspolitik erzielt worden. Erfreulicherweise hat die neue DDR-Führung sofort Schluß gemacht mit allen Projekten, die auf Militärhilfe, Staatssicherheitsdienst und ideologische Schulung ausgerichtet waren.

Für die Zukunft gibt es eine Reihe von Berufsausbildungs-, Gesundheits- und Forstprojekten, die durchaus in einem gemeinsamen Deutschland fortgeführt werden. Für die Zukunft gilt: Die Deutschen werden sich auf dem Weg zur Einheit ihrer Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern bewußt bleiben. ■

Partnerschaftliches Miteinander mit den schwach industrialisierten Ländern der Welt

- Die Entwicklungshilfepolitik der DDR -

Hans-Wilhelm Ebeling

Die Welt ist Zeuge weit in die Zukunft weisender Veränderungen. Die internationalen Beziehungen zeigen begrüßenswerte Fortschritte. Ideologische Konfrontation mußte endlich dem Dialog, der Vertrauensbildung und der Kooperation Platz machen. Im Spektrum unserer sich wandelnden Welt muß der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Zusammenarbeit zunehmende Bedeutung beigemessen werden. Vor allem die schnellen wirtschaftlichen als auch wirtschaftspolitischen Veränderungen unserer Zeit sind eine große Herausforderung für alle Staaten. Natürlich bergen sie auch beträchtliche Risiken in sich.

Grundgedanke unserer Tätigkeit ist das Mühen um ein partnerschaftliches Miteinander mit den schwach industrialisierten Ländern dieser Welt. Die Botschaft vom Frieden, von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, von Demokratie und Solidarität möchten wir in die Länder tragen, mit denen wir bisher, aber auch zukünftig zusammenarbeiten werden.

Wichtig ist, daß gerade praktizierte Solidarität nicht auf dem Grundsatz aufbauen darf, wenn ich dir was gebe, hast du mir etwas wiederzugeben. Die Berg-

predigt, für mich der Ansatz zum Verständnis der Solidarität, geht ja davon aus, daß der andere Mensch Geschöpf Gottes ist, genau so wie ich, und daß ich, der ich mehr habe, mich um diesen anderen zu kümmern habe, weil der Geschöpf Gottes ist. Im Rahmen geübter Solidarität stand in der Vergangenheit zu sehr das Politische im Vordergrund, d. h. man hat Solidarität mit den Völkern geübt, die in etwa das gleiche Gesellschaftssystem hatten wie wir.

Nicaragua und Vietnam hat man unterstützt, in Afrika wur-



Hans-Wilhelm Ebeling, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Junge Menschen für den Dienst in Entwicklungsländern gewinnen.

den die Gesellschaften oder die Länder unterstützt, die in etwa ein gleiches Gesellschaftssystem aufbauen wollten wie wir. Andere Länder hingegen, die die

gleiche Hilfe benötigt hätten, vielleicht sogar noch dringender, erhielten keinerlei Zuwendung aus den angeführten Gründen.

Selbstbestimmungsrecht der Entwicklungsländer achten

Ideologie und Weltanschauungen dürfen nicht als Maßstab für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit unseren Partnern genommen werden. Wir müssen das Selbstbestimmungsrecht der Entwicklungsländer achten, gleichzeitig aber auch unsere Erfahrungen beim Aufbau einer demokratischen und sozialen Gesellschaft in die Kooperation einfließen lassen. Auf jeden Fall muß Entwicklungszusammenarbeit entideologisiert werden.

Die neue Grundlage unserer Entwicklungshilfepolitik orientiert sich demgemäß an den Grundwerten Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, der Be-

wahrung des Friedens und der natürlichen Umwelt sowie der Achtung der Menschenrechte. Für diesen Weg hat sich unsere Regierung entschieden, in voller Verantwortung auch für diejenigen, die nicht Europa sind. Wir müssen schon heute verstehen lernen, daß wir bereits morgen unsere Aufgaben gegenüber den schwach industrialisierten Ländern nur dann umfassend wahrnehmen können, wenn wir unsere nationalen Anstrengungen in Europa vereinigen. Obwohl die DDR vor gewaltigen ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen steht, versuche ich seit meiner Amtseinführung mit meinen europäischen Ressortkollegen eine erste gesamt europäische Konferenz der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu überufen.

stützung eines repressiven Staatsapparates konzentriert hat. Hier werden wir deutliche Korrekturen vornehmen.

Neue Qualität der Entwicklungshilfe

In der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (die DDR fördert in ca. 100 Ländern Entwicklungshilfeprojekte) setzt die neue Regierung der DDR, unter Berücksichtigung des Leistungsprofils unserer Wirtschaft, die fachlichen Schwerpunkte in der Ernährungssicherung, dem Bildungswesen, dem Gesundheitswesen und der Industrialisierung.

Unsere **wichtigsten Aufgaben** sehen wir in der **Ernährungs-**



Energieträger Nummer eins ist Holz nach wie vor für die weitaus meisten Menschen der 3. Welt

Der **zweite fachliche Schwerpunkt** ist das **Bildungswesen**. Hier werden wir zukünftig den Schwerpunkt unserer Ausbildungsprogramme in den Partnerländern durchführen. Nur so kann eine praxisorientierte Berufsbildung ermöglicht werden, die den Auszubildenden die den nationalen Bedingungen entsprechenden Tätigkeitsprofile vermitteln. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein Entwicklungshilfeprojekt in Nicaragua – das Berufsausbildungszentrum in Jinotepe – verweisen.

Der **dritte Schwerpunkt** unserer Entwicklungspolitik liegt im **Gesundheitswesen**. Hier werden wir auch im Bereich der Ausbildung in Zukunft sowohl die Weiterbildung von mittlerem medizinischen Personal als auch die Facharztausbildung von Ärzten aus den Entwicklungsländern in Einrichtungen der DDR fortführen.

Gleichzeitig werden wir weiterhin den Aufbau von medizinischen Einrichtungen in unseren Partnerländern oder die Unterstützung beim Aufbau fördern. Wir möchten jedoch in Zukunft stärker als bisher die Funktionsfähigkeit dieser Einrichtungen durch Personal aus den Entwicklungsländern gewährleistet sehen. Wir möchten also helfen, daß sich unsere Partner schon bald selbst helfen können. Verwiesen sei hier auf das Karl-Marx-Krankenhaus in Nicaragua.

Aus diesem Grunde planen wir für die Zukunft eine Vertie-

fung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, um die länderspezifischen medizinischen Probleme genauer verstehen zu lernen.

Der **vierte und letzte fachliche Schwerpunkt** ist die **Industrialisierung der Partnerländer**. Hier sind wahrscheinlich in der Vergangenheit die gravierendsten Fehler gemacht worden.

Zukünftig werden wir vor allem solche Projekte unterstützen, die

1. der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung dienen,
2. zur Erschließung und Nutzung natürlicher Ressourcen beitragen und
3. die Anwendung umweltverträglicher Technologien fördern.

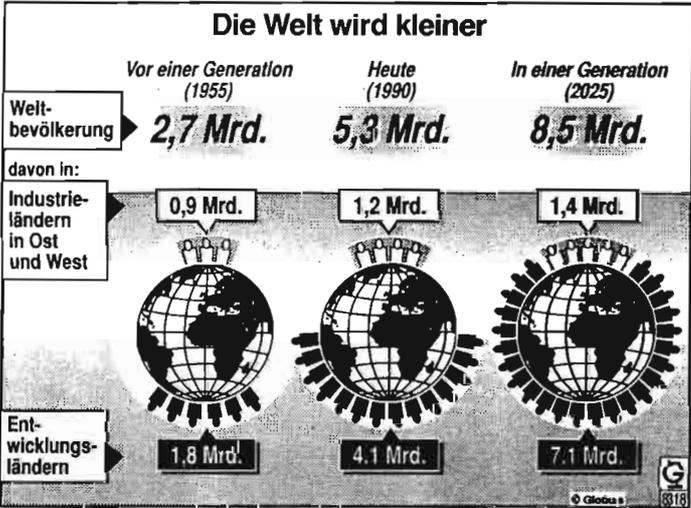
Priorität genießen Projekte der verarbeitenden Industrie zur Deckung des Bedarfs des Binnenmarktes sowie der Energie- und Wasserversorgung, wobei wir auf eine ökologische Umsetzung auf jeden Fall dringen werden.

Ich glaube auch, daß aus der Verbindung der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik zu einem einheitlichen Staat schon sehr kurzfristig eine neue Qualität der Entwicklungshilfe entstehen wird. So bildet die Vereinigung Deutschlands für die Entwicklungshilfe allein schon geographisch eine sinnvolle Ergänzung.

Eine neue Dimension der Entwicklungspolitik von deutschem Boden aus ist auch durch die Verbindung von dem ostdeutschen Fachverstand und Engagement mit westdeutschem Geld zu erwarten.

So bin ich auch der festen Überzeugung, daß viele Menschen aus der Deutschen Demokratischen Republik allein aus der Erfahrung heraus, daß ihnen selbst massiv geholfen wird, genug motiviert sind, auch anderen zu helfen.

Ich vertraue dabei gerade auf die schon in der Vergangenheit **sehr erfolgreiche Mitarbeit der christlichen Kirchen**, wenn es darum geht, junge Menschen für den Dienst in Entwicklungsländern zu gewinnen und zu motivieren. ■



Mit gemeinsamen Schritten, über die nationalen Maßnahmen hinausgehen, können wir unseren Willen zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit vor der ganzen Welt dokumentieren. Wir wollen die Beziehungen zu den Ländern, die wir bereits in der Vergangenheit unterstützt haben, beibehalten und ausbauen.

Bei den Herausforderungen für unsere Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist der erste und wichtigste Punkt das Wissen um die globalen Probleme und um die Dringlichkeit ihrer Lösung, um das Überleben von uns allen zu sichern.

Wirtschaftliche, medizinische, landwirtschaftliche und soziale Projekte werden, wenn irgend möglich, zu Ende geführt. Es wird aber dort eine radikale Umstrukturierung erforderlich werden, wo sich die Hilfe der SED-geführten DDR in der Vergangenheit auf die Unter-

sicherung, der ländlichen Entwicklung und dem Ressourcenschutz. Wir werden zweitens beratend bei der Entwicklung und Anwendung von landwirtschaftlichen Technologien und Produktionsverfahren mitarbeiten. Hier müssen wir den länderspezifischen Bedingungen soweit wie möglich Rechnung tragen und eine soziale, ökologische und ökonomische Verträglichkeit garantieren. Wir werden uns drittens an Projekten zur Ressourcensicherung im Agrarbereich beteiligen. Hierbei denke ich an Projekte zur Wiederaufforstung, den Bodenschutz und Gewässerschutz sowie die Desertifikationsbekämpfung.

Viertens möchten wir zur Herausbildung sich weitgehend selbstversorgender ländlicher Räume beitragen, um die ungeplante Verstädterung aufzuhalten und das vordringliche Ziel der Hungerbekämpfung zu erreichen.

Das Selbstbild der haitianischen Landfrauen

Beate Schmidt-Behlau

Frauen auf dem Lande in Haiti haben vielfältige, verantwortungsvolle Aufgaben in Familie, Gemeinschaft und Gesellschaft zu erfüllen. Widererwarten hat dieses nicht dazu geführt, daß sie ein positives Selbstbild entwickelt haben. Der folgende Artikel will einen Einblick vermitteln in den Bruch zwischen Wirklichkeit und Selbstbild von Frauen und wie sich diese äußert.

Das ländliche Milieu Haitis

Die ländliche Fläche Haitis umfaßt zwei Drittel der Gesamtfläche, die ungefähr der Größe Hessens entspricht. Von diesem Land sind c.a. 42 % kultivierbar und es leben dort ca. 80 % der Gesamtbevölkerung. Politische, demographische und gesellschaftliche Entwicklungen haben dazu geführt, daß heute 90 % der ländlichen Bevölkerung mit einem geschätzten pro Kopf Einkommen unter US-\$ 135 pro Jahr, in absoluter Armut leben. In letzter Konsequenz führt dies zu einer massiven Abwanderung in angrenzende Länder bzw. in die Hauptstadt Port-au-Prince, wo die immer größer werdenden Elendsviertel sichtbare Zeugen dieser Entwicklung sind. Nach Schätzungen von 1982 sind nur noch 49,6 % der Frauen in der Landwirtschaft beschäftigt im Vergleich zu 61,4 % im Jahre 1971.

Die Situation auf dem Lande ist gekennzeichnet durch mangelnde Infrastruktur, rudimentärer Technologie, geringe Erträge, fehlender Schulen und einer nahezu mystischen und religiösen Mentalität der Menschen zu der nur wenige Außenstehende Zugang finden.

Die Verbindung von ungünstigen Umweltbedingungen und hohem demographischen Druck hat dazu geführt, daß das Land in immer kleinere Parzellen aufgeteilt wurde. Um diese zu bearbeiten, entstanden im XIX. Jahrhundert kleine Hütteneinheiten in der Nähe der Parzellen, strohbedeckte Lehmhütten, bestehend aus zwei bis drei kleinen Zimmern. Auf einem solchen mit „LAKOU“ bezeichneten Hof leben in der Regel Familien derselben väterlichen oder mütterlichen Abstammung. Ein Patriarch regelt alle rechtlichen, religiösen und wirtschaftlichen



Das Leben auf dem Dorf: Verhaftet in Traditionen

Angelegenheiten und ist oft auch der Vermittler zwischen den VODOO-Geistern und seiner Familie. Neben dem Familienvorstand und seiner Familie leben auch dessen Kinder und Enkelkinder und teilweise deren Partner in diesen Hütten.

Die weitaus häufigste Form des Zusammenlebens besteht in einem durch Tradition und Gebräuche übermittelten Systems der „PLACAGE“, das bei uns in etwa der ‚wilden Ehe‘ entspricht. Die kirchlich vollzogene Eheschließung genießt zwar hohes Ansehen, ihr Anteil beträgt aber nur 15 %, da den meisten Paaren das Geld für die Zeremonie fehlt. Für die Frauen ist dieser Tatbestand sehr nachteilig, da sie damit keinen Rechtsanspruch auf die Parzelle ihres Mannes haben und diese nach bestehendem Gewohnheitsrecht an die Söhne vererbt werden.

Die Hauptreligion ist der VODOO, der nicht nur Religion, sondern Lebensanleitung, Gewissen und Seelentröster ist. Andere Religionen werden aber auch angenommen und praktiziert, sofern sie den Menschen



Produkten zum Eigenbedarf oder für den Export genutzt werden soll. Eine ausgewogene Ernährung der Familien ist nicht gewährleistet, da in Zeiten der Not, Produkte, die ein wenig Geld einbringen, wie z. B. Bohnen und Mais verkauft werden. Die Arbeit der Frauen in der Landwirtschaft ist vielfältig und der Verkauf der Produkte auf den Märkten der Umgebung ist ihre Hauptverantwortung. Es gibt zwar eine geschlechtliche Arbeitsteilung in

der Landwirtschaft, diese wird aber je nach Bedarf recht flexibel gehandhabt. So gilt z. B. das Bearbeiten des Ackers mit der Hacke als unantastbare Männerarbeit, aber dort wo es keine Männer mehr gibt, greifen die Frauen zur Hacke. Männer und Frauen helfen sich in der Regel gegenseitig und im Austausch von bestimmten ‚Dienstleistungen‘. So haben Frauen z. B. die Möglichkeit männliche Hilfe für die Bodenbearbeitung gegen Wäschewaschen und Kochen (eine Arbeitsdomäne von Frauen) einzutauschen.

Der Beitrag der Frauen im religiösen Leben ist von grundlegender Bedeutung in anbetrachter der wichtigen Rolle, die die Religion für die Menschen hat. Sie bildet die Grundlage für die meisten alltäglichen Verhaltensweisen, Ansichten, und Regeln bei der Behandlung von Krankheiten, in Fragen Liebe, des Erfolges oder allen möglichen zwischenmenschlichen Ereignissen. Es gibt ein Amt für Priesterinnen („MAMBO“), das in seiner Bedeutung dem Amt für Priester („HOUNGAN“) bei der Organisation der Rituale der VODOO-Zeremonien gleichgestellt ist. Frauen sind auch für die Pflege und Erhaltung der Kultgegenstände, die für jede Zeremonie gebraucht werden, zuständig. Die „PITITES CAILLES“ oder „CANZOS“, eine Art Kultdiener sind in der Regel junge Mädchen, die speziell für diese Aufgabe ausgebildet werden.

Die oben beschriebene Aufgabenverteilung hat eine lange Tradition, die bis nach Afrika, dem Ursprungsland der Haitianer zurückreicht.

eine kleine Erleichterung von ihrem harten Leben versprechen.

Die Rolle der Frauen

Die bedeutsame Rolle der Frauen spielt sich in allen Bereichen des Lebens einer solchen Gemeinschaft ab: in der **Erziehung der Landwirtschaft, und der Religion.**

Haushalt, Pflege und Erziehung der Kinder ist seit eh und je Aufgabe der Frauen, zumal viele Männer oft mehrere Frauen in verschiedenen Regionen des Landes haben und sich bestenfalls darauf beschränken einen kleinen finanziellen Zuschuß für ihren Nachwuchs abzugeben.

Die Landwirtschaft stellt wegen des demographischen Drucks und zunehmender Erosion immer weniger die Grundlage des Überlebens der haitianischen Bevölkerung dar. In Zeiten zunehmender Bodenknappeit wird die Entscheidung immer schwieriger, ob der karge Boden für den Anbau von

Im Laufe der Geschichte hat sich diese Aufgabenverteilung verfestigt dadurch, daß durch die Abwesenheit der Männer (ehemals in den Kolonien, wo sie als Plantagenarbeiter eingesetzt wurden und heute durch die Abwanderung in die Städte oder zur Zuckerrohrrente in die Dominikanische Republik) Frauen in zunehmenden Maße alle anfallenden Arbeiten auf sich selbst gestellt erfüllen mußten, um ihr Überleben und das ihrer Kinder zu sichern.

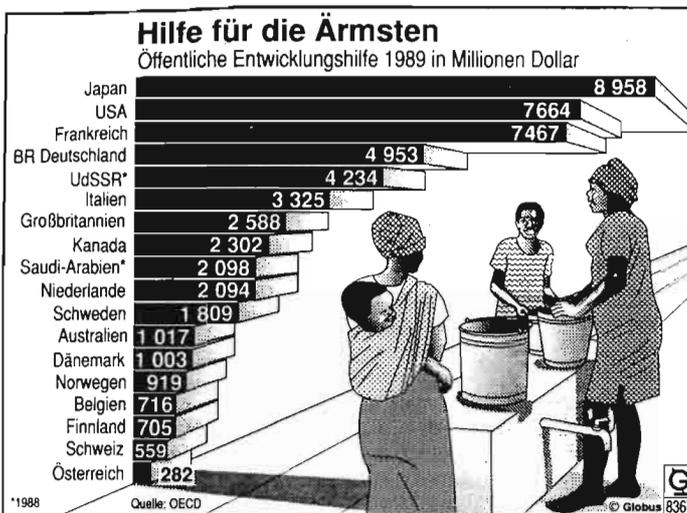
Das Selbstbild der haitianischen Landfrauen

In den oben beschriebenen Aufgabenbereichen hat eine haitianische Landfrau die Möglichkeit, relativ selbständig die anfallenden Arbeiten zu erledigen, eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen und Ansehen in der Familie und in der Gemeinschaft zu erlangen.

Dennoch unterwirft sich die Frau in der Regel dem Mann, sei er Vater oder „Lebensgefährte“, da der Mann als der „boss“ gilt. Schon den kleinen Mädchen wird durch die Familienstruktur ein Minderwertigkeitsgefühl anezogen, da der Familienvater, sei er körperlich anwesend oder nicht, als Symbol von Autorität gilt.

Dieses Minderwertigkeitsgefühl wird durch verschiedene gesellschaftliche Mechanismen „stärkt, z. B. indem der Wert einer Frau nur an ihrer körperlichen erotischen Ausstrahlung gemessen wird. Ein erwähnenswertes Ergebnis dieser Körperbetontheit der Frauen zeigt sich darin, daß die Bedeutung der Mutter-Kind-Einheit von den Frauen rein biologisch betrachtet wird.

In seinem ersten Lebensjahr stellt ein Baby quasi eine Erweiterung des mütterlichen Körpers dar und wird dementsprechend mit Zärtlichkeiten überhäuft. Sobald ein Säugling aber abgestellt ist, sich selbständig fortbewegen oder alleine essen kann, wird er alleine gelassen und die Frauen gehen wieder ihren Beschäftigungen nach, ohne sich allzu viele Gedanken um ihre Sprößlinge zu machen. Bekannte geschlechtsdiskriminierende Sprichwörter tun ihr Übriges, damit die Frau ihre ange-



*Jesus
zeige mir den Nächsten
wie fern er mir ist
ich sehe nur
meine Gedanken über ihn
wenn er spricht
höre ich nur meine Worte
allzu schnell nicke ich
schlag ihm auf die Schulter
und sage Freund
gib ihm mir wie er ist
er gehört zu mir
näher als ich weiß*

Ernst Eggimann

lich minderwertige Position hin- nimmt, denn: „Gott hat es so gewollt“.

Das Selbstbild der Frauen wird im Wesentlichen bestimmt durch die Gemeinschaft der sie angehören, deren kulturelle Werte von ihnen angenommen und deren Bedürfnisse von ihnen erfüllt werden, ohne daß sie sich ihrer bedeutsamen sozialen und wirtschaftlichen Rolle als Individuen bewußt sind.

Es stellt sich daher die Frage, ob es nicht irgendwelche Anzeichen für die psychische Verarbeitung eines solchen massiven Widerspruchs zwischen der individuellen Erfahrung der Frauen von Stärke und Selbständigkeit und ihrem die Minderwertigkeit betonenden Selbstbild gibt.

Indizien dafür, daß die Frauen schweren inneren Spannungen ausgesetzt sind, zeigt sich in der Bedeutung, die Träume in ihrem Leben spielen. Man kann behaupten, daß Träume und Phantasien die

Realität bestimmen und oftmals nicht auseinandergehalten werden.

Ein auffallendes Phänomen ist die hohe Beteiligung von Frauen an den VODOO-Zeremonien, was sich damit erklären läßt, daß sie ein kulturell akzeptiertes Ventil für die Abfuhr von inneren Spannungen bieten. Gefühle von Eifersucht, Rivalität, Verfolgung, das Bedürfnis nach Macht und Besitz, die im Alltagsleben der Frauen zwangsläufig unterdrückt werden müssen, können in den VODOO-Zeremonien körperlich ausgelebt werden.

Es gibt aber auch Frauen, die nicht mehr bereit sind sich dem Gebot des Mannes, wie es durch Tradition und Kultur verlangt

der Hoffnung auf Erfüllung ihrer Träume in einem städtischen Milieu.

Wie groß diese Hoffnung auf eine bessere Zukunft für Frauen ist, zeigte die erste Frauendemonstration nach der Befreiung Haitis von der 30 Jahre andauernden Diktatur der Familie DUVALIER. Diese Demonstration fand im Februar 1986 statt und an ihr nahmen spontan 5000 Frauen teil.

Weiterführende Literatur:

Barros, Jacques: Haiti de 1804 à nos jours TOME II, Paris 1984

Collection Chiss: La femme rurale en Haiti et dans la caraise. Traditions et innovations. Port-Au-Prince 1982

Métraux, Alfred: Le vaudou haitien, Paris 1958

Neptune Anglade, Mireille: L'autre moitié du développement à propos du travail des femmes en Haiti, Port-Au-Prince/Montreal 1986

Plotkin, Donna: Haitian Women's participation in development: Agriculture, Report prepared for U.N.D.P., Port-Au-Prince 1984



wird zu unterwerfen. Viele von ihnen verlassen in ihrer Suche nach Unabhängigkeit und Anerkennung das verarmte Land in

Anm.: Beate Schmidt-Beblau, Dipl.-Pädagogin, Schwerpunkt Bildungsarbeit mit Familien und Frauen, lebte 2½ Jahre in Haiti, arbeitete dort in einem Alphabetisierungs-Projekt mit haitianischen Frauen.

Kirchentag ist Wirklichkeit und Hoffnung

Carola Wolf

Der 24. Deutsche Evangelische Kirchentag wird vom 5. bis zum 9. Juni 1991 im Ruhrgebiet stattfinden. Nach dreißig Jahren der Trennung wird es der erste Kirchentag sein, an dem Christen aus dem anderen Teil Deutschlands uneingeschränkt teilnehmen können, wenn sie es wollen. Schon am Vorbereitungsprozeß, der sich nach gutem Kirchentagsbrauch über mehr als ein Jahr erstreckt, beteiligen sich Menschen aus beiden Staaten, aber auch aus der weltweiten Ökumene.

Der Kirchentag im Ruhrgebiet findet in den drei Städten Dortmund, Bochum und Essen sowie in der angrenzenden Region statt. Zum erstenmal in der Kirchentagsgeschichte breitet sich das Ereignis über eine so große Fläche aus, und noch weiß niemand vorherzusagen, ob die größere Gemeindennähe, die überschaubaren Gesprächsgruppen, die werkstattmäßig aufbereiteten Themen diesen Kirchentag besonders prägen oder ob es die Großveranstaltungen und die zentralen Gottesdienste sein werden, die nach Jahren des Getrenntseins das Gefühl des Zusammengehörens in einer großen Gemeinde vermitteln. Der Kirchentag ist Versammlung, Gemeinschaft, Wirklichkeit und Hoffnung.

hat. Aber das muß nicht so bleiben. Jedenfalls war es Zeit, daß der Kirchentag sich auf den dritten Glaubensartikel einläßt.

Die thematische Arbeit konzentriert sich diesmal auf vier (statt bisher fünf) Themenbereiche. Bei der Entscheidung hierüber war dem Präsidium des Kirchentages wichtig, daß einige Themen und Aspekte durchgehend vorkommen: Jeder Themenbereich hat auch eine theologische Dimension, inmitten deutsch-deutscher Probleme darf der Weltzusammenhang nicht in Vergessenheit geraten. **Die Leitthemen des konziliaren Prozesses Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung werden auch weiterhin unsere Zukunft bestimmen müs-**

sen sein, sondern auch über unsere Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt. Verhängnisvolle Entwicklungen werden benannt, aber es soll auch Mut gemacht werden, selbst die Initiative zu ergreifen und vielleicht künftig bewußter und verantwortungsbewußter zu leben, als dies bisher geschah.

derswo, aber auch, ob sie bei uns nicht nur garantiert, sondern auch eingehalten werden.

Neue Kultur des Zusammenlebens

3. Der **dritte** Themenbereich trägt die Überschrift „Glaube und Kultur – Der Geist gewinnt



Musik zum Mitmachen

Foto: dpa/Bachmann

Von Berlin '89 ins Ruhrgebiet '91

Bei einer Fragebogenaktion antworteten 2150 Kirchentagsteilnehmer auf Fragen zur Planung. Die Bitte um Einschätzung des geplanten „Kirchentags in der Region“ teilt die Befragten in zwei „Lager“:

Während etwas mehr als die Hälfte von ihnen (56%) der Meinung ist, ein Kirchentag, der nicht an einem Ort, sondern in einer größeren Region stattfindet, sei schon problematisch, konstatieren die übrigen (42%), sie fänden gerade dies besonders interessant.

„Gottes Geist befreit zum Leben“ heißt die Losung für diesen Kirchentag. Der amtierende Kirchentagspräsident Erhard Eppler hat dazu unlängst gesagt: „Vom heiligen Geist, vom dritten Glaubensartikel, ist selten die Rede. Vielleicht war das schon so, als das Glaubensbekenntnis formuliert wurde und sofort nach der Erwähnung des Geistes die Kirche kam als der Raum, in dem der Geist wirksam sein soll. Vielleicht hat es gute Gründe, daß die Kirche den Geist so streng domestiziert

sen, wenn wir uns zu verantwortlichem Leben bekennen.

1. Im **ersten** Themenbereich (Verantwortliches Wirtschaften – Um des Lebens willen) soll über unsere Erfolge und die Gefahren unserer Form des Wirtschaftens gesprochen werden. Ursachen und Folgen werden zu bedenken sein bis hin in den menschlichen Bereich, wenn Arbeitslosigkeit und Armut Menschen ängstigen. Es wird aber nicht nur über die Verhältnisse bei uns in Europa zu spre-

2. Der **zweite** Themenbereich (Die Deutschen in Europa – Befreit zum Miteinander) beschäftigt sich zunächst nur mit unseren eigenen deutschen Problemen. Aber die politischen Umwälzungen des Jahres 1989 beeinflussen nicht nur unsere Gegenwart und Zukunft und mahnen uns, uns neu mit unserer Geschichte zu beschäftigen. Wir leben im Verbundsystem des europäischen Hauses.

Grenzen sind weggefallen oder zumindest durchlässiger geworden. Aber sind wir uns damit schon wirklich näher gekommen? Welche Ängste und welche Erwartungen haben unsere Nachbarn? Was bedeutet es, daß Europa Teil der Einen Welt ist?

In diesem Zusammenhang wird neu nachzudenken sein, was es bedeutet, zu den Starken und zu den Schwachen zu gehören. Es wird nach den Rechten von Minderheiten und nach den Menschenrechten überhaupt gefragt werden müssen, ob sie an-

Gestalt“. Mit diesem Thema nähert sich der Kirchentag Themen, die seit Jahrhunderten im Protestantismus reichlich stiefmütterlich behandelt worden sind. Geist und Symbole, Bilder und Mythen haben eine neue Bedeutung bekommen. Aus der Beschäftigung mit Geist und Natur ergeben sich neue schöpfungstheologische Entwürfe. Es geht um die Gestalt der Kirche, um den Umgang von Kirche mit Kunst, aber auch um eine kritische Betrachtung von Geist und den Geistern. In einer multikulturellen Gesellschaft wie der unsrigen werden wir uns künftig zudem mehr denn je um eine neue Kultur des Zusammenlebens bemühen müssen.

4. Im **vierten** Themenbereich schließlich (Gelingendes Leben – Komm, heiliger Geist) wird es um die menschliche Existenz selbst gehen. Welches Leben ist sinnvoll? Das scheinbar erfolgreiche oder das mühsame, weniger gelungen erscheinende Leben? Wie gehen wir Menschen

Fortsetzung von S. 8

mit Menschen um, oft sogar unter Berufung auf christliche Grundtugenden? Wie wichtig sind uns Kinder und ihre Probleme, Kranke und Älterwerdende? Wie setzen wir uns mit Sterben und Tod auseinander?

Vier Themenbereiche und doch nur ein Teil dessen, was Kirchentag ausmacht. Zum Hauptprogramm gehören als einzige konkurrenzlose Veranstaltungen Gottesdienste und zu Beginn täglich am Morgen Bi-

Wirtschaftsfaktor Frau	
von je 100 Frauen sind erwerbstätig	
BR Deutschland	DDR
50	83
Soviel tragen Frauen in Partnerhaushalten zum Haushaltseinkommen bei	
18 %	40 %
Quelle: Deutsches Institut der Wirtschaft	

belarbeiten. Feste und Feiern, Meditationen und Angebote zum Gespräch, zum Stillewerden, zum Gebet machen das aus, was gemeinhin als geistige Dimension des Kirchentages bezeichnet wird. Man kann es

Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1988	
Anzahl in Millionen (gerundet)	
insgesamt 26,2 Personenzahl	
9,1	1
7,8	2
4,5	3
3,3	4
1,5	5 und mehr
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)	

auch, mit Bezug auf die Losung, so ausdrücken wie Erhard Eppeler: „Die Themenbereiche sollen die Losung entfalten, anwenden, durchdeklinieren, aber eben nicht in Form von Agitation oder Überrumpelung, sondern in der Form eines vernünftigen Dialogs zwischen gleichberechtigten Christenmenschen. Gottes Geist ist ein Geist, der frei macht.“
Anm.: Dr. Carola Wolf ist Presse- und Ökumenereferentin in der Leitung des Deuten Evangelischen Kirchentages in Fulda. ■

Jeder Mensch ist irgendwo ein Fremder

In der Bundesrepublik, in ihren Städten und Dörfern leben verschiedene Kategorien von Menschen.

Zuoberst in der Rangordnung stehen nahezu überall jene Bürgerinnen und Bürger, die in ihrer Gemeinde geboren sind. Und die hier aufgewachsen sind. Die immer schon in der Bundesrepublik, in ihrer Stadt, in ihrem Dorf waren und daher wissen, was für diese oder dieses gut ist.

Eine Stufe tiefer stehen die Zugezogenen, die „Reingeschmeckten“, wie man im Schwäbischen sagt. Das sind diejenigen Deutschen, die irgendwo in der Bundesrepublik geboren wurden, und nun anderswo einen Wohnsitz gewählt haben oder dort eingetragene haben.

Nach ihnen kommen die Übersiedler, dann die Aus- und Umsiedler und schließlich die Gastarbeiter. Jene Menschen unter uns, die alles das für uns erledigen, was wir selber nicht mehr gerne machen. Doch ohne sie könnten wir schon gar nicht mehr leben, aber sie müssen schweigen, wenn sie geduldet sein wollen.

Auf der untersten Stufe folgen schließlich noch jene, die wir nicht als fremde Arbeitskräfte gerufen haben, die vielen unter uns mit ihrer Fremdheit, mit ihrer anderen Religion Angst machen, zudem uns keinen Verdienst bringen, sondern unserer Unterstützung bedürfen: die politischen Flüchtlinge, die Asylanten.

Diese Rangordnung ist aber keine deutsche Eigenart, im Gegenteil, wir finden sie auch in anderen Ländern Westeuropas, ja überall auf dieser Erde. Diese Rangordnung ist daher auch nicht unbedingt ein Merkmal unseres reichen Landes, sondern die Vorbehalte und das Mißtrauen gegenüber den fremden und unbekanntem Menschen wachsen überall, ganz unabhängig von Bruttosozialprodukt. Und diese Rangordnung ist auch nicht besonders typisch für unsere Zeit – sie ist keine Erfindung unseres Jahrhunderts – nein, sie existiert schon seit jenem Tag, als die Menschen selbst wurden und anfangen, den Erdboden in Besitz zu nehmen.

Daß diese Rangordnung jedoch nicht dem Schöpfungsplan Gottes entspricht und daß die Rechte und Würde der Fremden nicht willkürlich beschnitten werden dürfen, das können wir bereits in den ältesten Büchern der Bibel nachlesen. Im zweiten Buch Mose heißt es zum Beispiel: „**Beutet die Fremden nicht aus, die bei euch wohnen. Ihr wißt doch, wie es einem Fremden zumute ist, weil ihr selbst als Fremde in Ägypten gelebt hat**“ (Ex. 23,9). Und im dritten Buch Mose können wir sogar lesen: „**Wie ein Einheimischer aus eurer Mitte soll euch der Fremde gelten, der bei euch wohnt, und du sollst ihn lieben wie dich selbst!**“ (Lev. 19,34).

Jugoslawe zum Beispiel kann überhaupt nichts dafür, daß er ein Jugoslawe oder ein Türke, daß er ein Türke ist.

Konfliktfreies Zusammenleben

Allein diese Tatsachen wären eigentlich Grund genug, den fremden Menschen mit Bescheidenheit, Toleranz und Dankbarkeit zu begegnen, sie weder als Gäste noch als Gastarbeiter auszubeten oder zu verachten, sondern sie wie Einheimische in unserer Mitte zu behandeln und sie zu lieben wie uns selbst.

Der Gewinn dieser Freundlichkeit gegenüber den fremden



Fremden Menschen mit Toleranz begegnen Foto: poly-press

Es ist eigentlich seltsam und erstaunlich, daß jede Generation immer wieder neu daran erinnert werden muß, den Fremden als Menschen zu begegnen und sie auch als Menschen anzunehmen und zu behandeln. Seltsam ist unser Verhalten, weil ja jeder Mensch – auch jeder Bundesbürger und jede Bundesbürgerin – fast überall auf der Welt selbst ein Fremder oder eine Fremde ist und fast überall selbst auf die Freundlichkeit der Einheimischen angewiesen ist.

Menschen – ob sie nun als Aus-siedler, Übersiedler, Gastarbeiter oder Flüchtlinge, als Asylanten hier sind – läßt sich nicht in Mark und Pfennig ausdrücken, aber ohne diese Freundlichkeit werden wir wohl einmal Mühe haben, mit ehrlicher Freude und innerer Zufriedenheit auf unseren Lebensweg zurückzuschauen. Und Jesus selbst wird wohl einmal auch nur zu den bescheidenen und toleranten, zu den freundlichen „Einheimischen“ sagen: „Kommt her! Gott hat euch gesegnet. Denn ich war fremd, und ihr habt mich bei euch aufgenommen!“ (Matth. 25,35)

Und erstaunlich ist unser Verhalten, weil kein einziger Mensch im voraus selbst bestimmen kann, an welchem Ort dieser Erde, in welcher Familie oder in welcher Religion er gerne geboren werden möchte. So haben wir absolut nichts dazu beigetragen, daß wir Bürger der Bundesrepublik sind, und ein

Anm. der Redaktion: Prof. Dr. Manfred Tripps, Konradweg 10-12, 7100 Heilbronn-Bödingen, schickte uns diesen Beitrag zum Problem Ausländerfeindlichkeit/Fremdenfeindlichkeit. ■

Gemeinsame Erklärung zur Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch

Zur aktuellen Debatte über die Abtreibungsregelung in einem vereinten Deutschland haben die evangelische und katholische Kirche eine Gemeinsame Erklärung vorgelegt. Den Text mit dem Titel „Zur Frage nach dem Schutz des ungeborenen Lebens im Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ stellen wir im Wortlaut vor.

Die Frage nach dem Schutz des ungeborenen Lebens hat im gegenwärtigen Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine neue Aktualität gewonnen. In beiden Staaten bestehen strafrechtliche Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch. Aber sie unterscheiden sich deutlich: Das StGB der Bundesrepublik Deutschland enthält in § 218 ff. eine **Indikationsregelung**.

In der Deutschen Demokratischen Republik gilt nach dem „Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft“ vom 9. März 1972 eine **Fristenregelung**. In diesem Gesetz wird die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau – und dem zugeordnet ihr Selbstbestimmungsrecht – über das Lebensrecht des ungeborenen Kindes gestellt: „Die Gleichberechtigung der Frau in Ausbildung und Beruf, Ehe und Familie erfordert es, daß die Frau über die Schwangerschaft und deren Austragung selbst entscheiden kann“ (Präambel).

Dazu wird der Schwangerschaftsabbruch zu einem weiteren Mittel der Empfängnisverhütung: „Zur Bestimmung der Anzahl, des Zeitpunktes und der zeitlichen Aufeinanderfolge von Geburten wird der Frau zusätzlich zu den bestehenden Möglichkeiten der Empfängnisverhütung das Recht übertragen, über die Unterbrechung der Schwangerschaft in eigener Verantwortung zu entscheiden“ (§ 1). Damit maß sich der Staat die Übertragung eines Rechtes an, das gar nicht besteht und auch nicht bestehen kann.

In beiden Staaten ist die **Zahl der Schwangerschaftsabbrüche bedrängend hoch**: Auf zwei bis drei Geburten kommt ein Schwangerschaftsabbruch. Der gegenwärtige Zustand kann niemanden befriedigen. Die Vorstellungen über die notwendigen Veränderungen jedoch gehen weit auseinander.

Im November 1989 haben alle Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland in der Gemein-

samen Erklärung „Gott ist ein Freund des Lebens“ zu den Herausforderungen und Aufgaben beim Schutz des Lebens in umfassender Weise Stellung genommen. Darin heißt es:

Die Kirchen halten es „für notwendig und für aussichtsreich, sich in der gesamten Gesellschaft über bestehende Gegensätze hinweg auf ein gemeinsames Ziel zu verständigen: Wir wollen, soweit es in unseren Kräften steht, dazu beitragen, Schwangerschaftsabbrüche zu vermeiden; darum wollen wir

- die Verantwortung in Partnerschaft und Sexualität stärken,
- auf der Ebene der Bewußtseinsbildung und der Prägung ethischer Grundüberzeugungen die Achtung vor der Würde des ungeborenen Lebens vertiefen und fördern,
- an der Veränderung solcher Verhältnisse arbeiten, die der Annahme des ungeborenen Lebens im Wege stehen, und so
- mehr Frauen und Männer dafür gewinnen, daß sie im Schwangerschaftskonflikt das ungeborene Leben annehmen“ (S. 13 ff.)

Strittig kann nicht sein, daß das ungeborene menschliche Leben Schutz verdient und benötigt. Die Kontroversen beziehen sich vielmehr allein darauf, **wie** dieser Schutz am besten zu erreichen sei. Die gemeinsame Erklärung der Kirchen drängt vor allem in vier Bereichen auf eine Verbesserung des Schutzes ungeborenen Lebens: bei den Einstellungen und Wertorientierungen, im Blick auf die Verantwortung in Partnerschaft und Sexualität, durch sozial-, frauen- und familienpolitische Maßnahmen sowie mit Hilfe der Rechtsordnung.

Die unterschiedlichen strafrechtlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch in beiden deutschen Staaten haben – frühere Diskussionen wieder aufnehmend – zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die Funktion der **Rechtsordnung beim Schutz des ungebore-**

nen Lebens geführt. Die Konzentration der Debatte allein auf die Fragen der Rechtsordnung und zumal der strafrechtlichen Regelung ist mißlich. Dadurch kann der Eindruck entstehen, als sei eine Verbesserung der Situation für die schwangere Frau und das ungeborene Kind vor allem von Änderungen der Rechtslage zu erwarten. Allerdings wäre es verhängnisvoll, Aufgaben und Möglichkeiten der Rechtsordnung beim Schutz des ungeborenen Lebens zu vernachlässigen. Denn die Regelungen auf den verschiedenen Rechtsgebieten wirken sich immer auch nachhaltig auf den Schutz des ungeborenen Lebens aus.

Dies gilt auch für die Rechtsangleichung im Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Unterschiedliche strafrechtliche Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch können in Deutschland nicht nebeneinander bestehen.

Übergangsfrist problematisch

Eine Übergangsfrist ist gerade beim Schutz des Lebens problematisch. Das künftige gesamtdeutsche Parlament steht vor der Aufgabe, eine gemeinsame rechtliche Regelung zu finden. Dabei müssen folgende Eckpunkte beachtet werden:

1. Das Recht auf Leben ist ein fundamentales Menschenrecht. Aufgabe der Rechtsordnung ist es, für den Schutz des geborenen wie des ungeborenen Lebens zu sorgen. Dies muß sich auf verschiedenen Rechtsgebieten wie dem Zivilrecht und dem Sozialrecht niederschlagen. Auch das Mittel des Strafrechts soll dem Schutz menschlichen Lebens dienen.

2. Alle Anstrengungen zum Schutz des ungeborenen Lebens im Mutterleib müssen darauf gerichtet sein, es mit der Frau und nicht gegen sie zu schützen. Auf keine Weise, auch nicht durch die Rechtsordnung, läßt sich der Schutz des ungeborenen Lebens erzwingen.

3. In der in der Deutschen Demokratischen Republik geltenden Regelung kommt überhaupt nicht mehr zum Ausdruck, daß jede Tötung menschlichen Lebens im Widerspruch steht zu den Voraussetzungen und Grundsätzen einer menschenwürdigen Rechtsordnung. Da-

mit ist die entscheidende Dimension des Schwangerschaftskonfliktes unterschlagen. Ethisch und rechtlich muß gelten: „Selbstbestimmung findet ... ihre Grenze am Lebensrecht des anderen. Wer sie für sich selbst fordert, muß sie auch dem anderen zuerkennen. Darum kann das Selbstbestimmungsrecht der Frau keine Verfügung über das in ihr heranwachsende Leben begründen“ (Gott ist ein Freund des Lebens, S. 69). **Insofern kann es auch nicht zweifelhaft sein, daß die geltende Fristenregelung der Deutschen Demokratischen Republik mit den fundamentalen Überzeugungen des christlichen Glaubens und der Kirchen nicht vereinbar ist.** Sie widerspricht auch dem Grundgesetz und seiner Auslegung durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 1975.

4. Bei den in § 218 ff. des StGB der Bundesrepublik Deutschland straffrei gestellten Fällen des Schwangerschaftsabbruches handelt es sich nicht um eine prinzipielle Einschränkung des Schutzes für das ungeborene Leben und somit ein Recht zur Abtreibung, sondern um das Bemühen, eine rechtliche Regelung für nichtauflösbare Konfliktsituationen zu treffen. Dieses Bemühen bleibt unvollkommen. Wie eine strafrechtliche Regelung im Blick auf den Schwangerschaftsabbruch im einzelnen zu fassen und anzuwenden ist, kann sich allein daran bemessen, welche Fassung und welche Anwendung am ehesten geeignet sind, umfassende Schutz Aufgabe des Staates zu erfüllen, Schwangerschaftsabbrüche zu vermeiden und das Lebensrecht auch des ungeborenen Kindes zu schützen.

5. Die Beratung im Schwangerschaftskonflikt ist ein Angebot, das der schwangeren Frau hilft, über die Ambivalenz der Situation zu sprechen und Klarheit über ihre Entscheidung zu gewinnen. Sie muß in jeder künftigen gesetzlichen Regelung verankert und durch entsprechende Förderung ausgebaut werden. Die Kirchen sind bereit, ihre schon bestehenden Beratungsstellen zu verstärken. Darüber hinaus bieten sie die Mitarbeit und menschliche Begleitung in ihren Gemeinden an.

**Bischof Dr. Martin Kruse
Bischof Dr. Karl Lehmann**

Kurz notiert

Einheit Europas darf nicht zu Lasten der Dritten Welt gehen

Brüssel. Die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes 1993 und der Wandel in Ost-europa dürfen nach Auffassung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) nicht auf Kosten der Entwicklungsländer vollzogen werden. Dies betonten Vertreter der EKD nach einem Treffen der EKD-Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst mit Vertretern der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel.

Übereinstimmend hoben die Gesprächspartner die Gefahr hervor, daß die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft weiter an den Rand gedrückt werden könnten. Der Europäische Binnenmarkt werde die Kluft zwischen den reichen und den ärmsten Ländern noch vergrößern, wenn die EG nicht neue Strategien der Hilfe entwickle. Dazu müßte auch eine verstärkte Mitsprache und Mitgestaltung der Entwicklungsländer bei den weltwirtschaftlichen Entscheidungen gehören, wurde von den Kirchenvertretern gefordert. (aus: epd)

Entwicklungsorganisationen in Forderungskatalog vor

Bonn. Eine niederschmetternde Bilanz des 1981 verabschiedeten UN-Sonderprogramms für die ärmsten Länder der Dritten Welt haben bundesdeutsche Nichtregierungsorganisationen gezogen. Bei der Vorstellung eines Forderungskataloges für die Anfang September in Paris beginnende zweite UN-Konferenz über die Lage der am wenigsten entwickelten Länder sprach **Gunther Hilliges** von Terre des Hommes in Bonn von einem „verlorenen Jahrzehnt“.

Nach Ansicht der 13 Nichtregierungsorganisationen hat sich in den 80er Jahren die Lebenssituation der Armen zunehmend verschlechtert. Die Zahl der ärmsten Länder sei von 31 auf 42 mit mehr als 400 Millionen Menschen angestiegen, die Mehrheit

davon in Afrika. Als Indikator für die dramatische Situation wird das Pro-Kopf-Einkommen angeführt, das in diesen Entwicklungsländern durchschnittlich 220 Dollar, verglichen mit 17470 Dollar in den Industrieländern, betrug.

Verwiesen wird auch auf die Kindersterblichkeit in den ärmsten Ländern, die dort um 40 Prozent höher als in den übrigen Entwicklungsländern liegt, sowie darauf, daß in den ärmsten Ländern nur ein Drittel der Bevölkerung Zugang zu sauberem Wasser hat und lediglich ein Fünftel schreiben und lesen kann. „Immer mehr Menschen müssen von immer weniger überleben“, heißt es dazu in der Erklärung.

Die nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen kritisieren nachdrücklich, daß die in dem UN-Sonderprogramm vereinbarte Erhöhung der Hilfen nicht erfolgt sei. Auch die Leistungen der Bundesrepublik seien hinter den Vorgaben zurückgeblieben, wird festgestellt. Die Verantwortung für den Mißerfolg weisen die Entwicklungsorganisationen neben den Geberländern auch den globalen wirtschaftlichen Bedingungen zu. Genannt werden in diesem Zusammenhang der Verfall der Rohstoffpreise und die Abschottung der Industrieländer.

Besonders litten die ärmsten Länder, so heißt es weiter, unter der Verschuldungskrise. Der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds wird vorgehalten, mit ihren Strukturanpassungsprogrammen einseitigen Druck zur Erhöhung der Ausfuhr ausgeübt zu haben. An der Misere seien die ärmsten Länder zum Teil auch selbst beteiligt, heißt es. So hätten Mißwirtschaft, Korruption, hohe Militärausgaben und mangelnde politische Beteiligung der Bevölkerung die Umsetzung des Programms verhindert.

Vor diesem Hintergrund werden in der Erklärung ein internationaler Sozialausgleich sowie Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Erhöhung der bisherigen Hilfen befürwortet. Im einzelnen werden Bundesregierung

und Bundestag aufgefordert, ein weiteres Absinken der gegenwärtig schon menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den ärmsten Ländern zu verhindern. Notwendig sei deshalb ein verpflichtender „Ressourcentransfer“ seitens der Geberländer. Auch müßten die Ernährungssicherung und die Handelschancen der ärmsten Länder verbessert werden.

Die Bundesrepublik soll nach Ansicht der Nichtregierungsorganisationen bis 1995 ihre Leistungen für diese Staatengruppe auf 0,2 Prozent des Bruttosozial-

Zu den Unterzeichnern der Plattform gehören bisher die Andheri-Hilfe, Arbeiterwohlfahrt, „Brot für die Welt“, Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungswesen, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Dienste in Übersee, Eirene, Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe, Misereor, Stiftung Entwicklung und Frieden, terre des hommes, Weltfriedensdienst und Weltweite Partnerschaft in Hamburg. (aus: epd)

Wofür geben Jugendliche ihr Geld aus?

Ausgabenbereiche	12- bis 21jährige	
	männlich	weiblich
1. Bekleidung	17,3	34,0
2. Mobilität/Reisen	22,8	10,4
3. Gaststätten- und Diskothekenbesuche	17,8	12,2
4. Schallplatten, HiFi, Walkman usw.	14,7	14,5
5. Kosmetika, Haar- und Körperpflege	1,9	10,6
6. Getränke	7,6	4,4
7. Tabakwaren	5,8	4,3
8. Kino (Theater, Konzert)	5,5	3,5
9. Sport- und Freizeitartikel	2,3	1,5
10. „Hefte“, Printmedien	2,0	1,6
11. Süßwaren	1,2	1,8
12. Bücher und Taschenbücher	1,1	1,1

Quelle: Jugendmärkte und Jugendwerbung, O. Haseloff, Orelli Fussli Verlag, Bern 1986 (aus: eji 3/90)

produktes erhöhen. Zusätzliche Mittel könnten aus der Verringerung der Militärausgaben bereitgestellt werden.

Positiv wird die Schuldenstreichungspolitik der Bundesregierung bewertet. In diesem Zusammenhang treten die Organisationen dafür ein, auch mit den Schulden der ärmsten Länder bei der DDR, die auf 600 Millionen Mark beziffert wurden, ähnlich zu verfahren.

Weitere Forderungen betreffen die Umstellung der Entwicklungszusammenarbeit auf Programm- und Budgetfinanzierung, die Standardisierung der Verfahren der Entwicklungsförderung sowie die Verknüpfung der Hilfszusagen an die Begrenzung der Militärausgaben und Verwirklichung der Menschenrecht in den Empfängerländern sowie mehr Mittel für multilaterale Entwicklungshilfe. Zudem sei eine regelmäßige Debatte über die Lage der ärmsten Länder im Bundestag erforderlich.

Kohl sprach mit Kirchen über deutsche Einigung

Bonn. Bundeskanzler **Helmut Kohl** hat in Bonn die Spitzenvertreter der evangelischen und katholischen Kirche zu einem rund zweistündigen Meinungsaustausch empfangen. Teilnehmer des Treffens, bei dem es dem Vernehmen nach um soziale Aspekte des Vereinigungsprozesses ging, waren Bischof **Karl Lehmann**, Vorsitzender der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Bischof **Martin Kruse**, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Bonner EKD-Bevollmächtigte, Bischof **Heinz Georg Binder**, und Prälat **Paul Bocklet** vom Katholischen Büro Bonn.

Beteiligt waren auch Innenminister **Wolfgang Schäuble** und Kanzleramtsminister **Rudolf Seiters**. Bei dem Gespräch wurden den Informationen zufolge auch Fragen der Kirchensteuer und des Schutzes des ungeborenen Lebens erörtert. (aus: epd)

Bücher

Heiner Geißler: Zugluft. Politik in stürmischer Zeit. C. Bertelsmann Verlag, München 1990

Wider den Ungeist der kurzlebigen politischen Lippenbekenntnisse stellt sich Heiner Geißler dem Streit um die ethischen Grundsätze der Politik und um unsere Zukunft: Siegt die Macht oder die Moral? Ist mit der deutschen Einheit Europa am Ende? Wie sieht die Welt von morgen aus?

Geißler weicht den Kontroversen nicht aus. Seine Antworten sind von großer Offenheit, die auch vor der eigenen Person nicht haltmacht. Sie fordern heraus und stoßen Neues an. Und eben diese kritische Offenheit und Nachdenklichkeit sind von jedem gefordert, der in stürmischer Zeit über das Leben von morgen mitentscheiden will.

Im Zentrum von Geißlers Interesse stehen die moralischen Grundlagen unserer Gesellschaft und die spannenden geschichtlichen Veränderungen am Anfang dieses Jahrzehnts: Die beginnende Völkerwanderung, die parasitäre Ausbeutung unseres Planeten, das multikulturelle Leben in unserer Gesellschaft, die Rolle der Deutschen als Volk der Mitte, die sich formierende Weltmacht Europa. Und er beantwortete die Frage, mit welchen Grundsätzen und Methoden moderne Parteien und Demokratien diesen Herausforderungen gerecht werden können.

Hans Jürgen Schultz (Hrsg.): Es ist ein Weinen in der Welt. Quell Verlag, Stuttgart 1990

Juden deutscher Sprache haben unser Jahrhundert revolutioniert. An allen bedeutenden Denkbewegungen im deutschen Kulturkreis waren Juden maßgebend beteiligt: in Literatur und Musik, Philosophie und Psychologie, Physik und Politik. Diese überaus fruchtbare Geschichte ist 1933 auf furchtbare Weise beendet worden, als die spannungsvolle deutsch-jüdische „Symbiose“ ihren Höhe- und zugleich ihren Schlußpunkt erreichte. Wohl leben noch Juden in Deutschland, aber deut-

liches Judentum ist Vergangenheit, ist Erinnerung, aber auch ein Erbe, ein Vermächtnis. Welchen Reichtum es birgt, zeigen die zwanzig biographischen Essays dieses Buches.

Die hier gesammelten Porträts sind Nachrufe, keine Elogen, sondern Hommagen, also Dankesbekundungen.

Helmuth Koegel-Dorfs (Hrsg.): Ausstieg aus der Kernenergie. Hindernisse, Bedingungen, Konsequenzen, Aussaat- und Schriftenmissions-Verlag, Neukirchen, 1990.

Ohne Energieverbrauch ist das Bewohnen der Erde undenkbar. Die Vorräte der bisher überwiegend genutzten Energieträger sind jedoch begrenzt, und ihre Verwendung ist mit Risiken behaftet, die inzwischen offenkundig sind:

Klimaprobleme auf der einen und Sicherheitsprobleme auf der anderen Seite. Tschernobyl, Wackersdorf, Wirbelstürme und Bevölkerungswachstum sind Begriffe, die im Streit um die beste Lösung immer wieder genannt werden.

Auch kirchliche Synoden haben sich zu Wort gemeldet und einen Ausstieg aus der Kernenergie verlangt. Das hat Kritik hervorgerufen. Die Energiefrage ist jedoch zu einer Überlebensfrage geworden.

Deshalb werden mit dieser Studie, die eine von den Evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen gebildete Arbeitsgruppe erstellt hat, die Hindernisse, Bedingungen und Konsequenzen eines Ausstiegs aus der Kernenergie untersucht. Der mögliche Ausweg durch rationelle Energienutzung, durch Ersatz von Energiedienstleistungen und durch regenerative Energien wird ausführlich erörtert. Dabei wird unübersehbar, daß eine Bewältigung der Probleme nur in gemeinsamer Verantwortung und in einem weltweiten gesellschaftlichen Konsens gelingen kann.

Hierzu will dieses Buch ein weiterführender Gesprächsbeitrag sein, der sich nicht nur an die Kirchengemeinden, sondern auch an alle Energieverbraucher, also an uns alle wendet.

Sozialismus am Ende?

Unter dieser Überschrift fand vom 24.–26. 8. 1990 in der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr eine Tagung statt. Kritik wurde laut im Hinblick auf das erste Referat „Zur Idee des Sozialismus und seinen unterschiedlichen Ausformungen“, das Dr. André Brie, Mitglied des Präsidiums der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), übertragen wurde. Uns erreichten mehrere Zuschriften aus dem Kreise der Bevölkerung. Zur Diskussion stellen möchten wir einen Auszug aus dem Schreiben von Superintendent Ernst Volk (Trier) an Präses Peter Beier.

... Sie, geehrter Herr Präses, wehren sich – mit Recht, wie ich meine – gegen eine „Verhöhnung der Geschichte und der Leiden der deutschen Arbeiterbewegung“. Aber hier ist sehr genau zu unterscheiden zwischen der sozialen Verantwortung eines Christenmenschen und der Vergesellschaftung des Menschen im Sozialismus. Letzteres kann nur in der Entmündigung des Menschen enden! Deshalb muß die Frage gestellt werden, ob die „Arbeiterbewegung“ (es gab übrigens nicht nur eine sozialistische), fasziniert von der Idee des Sozialismus, nicht einem Trugbild nachgelaufen ist? Marx beanspruchte ja im Unterschied zum utopischen Sozialismus, das „Gesetz der Geschichte“ entdeckt zu haben und den utopischen Sozialismus „durch Wissenschaft“ überwinden zu haben. Der dialektische Materialismus als „Wissenschaft“ aber hat die Menschen seelisch ausgehöhlt, ihre Gewissen entmündigt und an die Stelle kapitalistischer Ausbeutung die Ausbeutung durch Partei und Gesellschaft gesetzt.

Das hohe Maß an sozialer Absicherung hierzulande verdanken die Menschen gewiß nicht der Partei, die immer recht hat, weil sie angeblich das Gesetz der Geschichte vollstreckt, sondern einer Vielzahl politisch verantwortlicher Männer und Frauen.

Soziale Verantwortung eines Christenmenschen – ja! Aber wir sind als Christen nicht beauftragt, das vermeintliche „Humanum“ im Sozialismus zu retten. Unser Auftrag als Prediger des Evangeliums weist uns an keine der säkularen Ideen der Neuzeit, weder an Idealismus noch Materialismus, weder an Nationalismus noch an den Sozialismus. Unseren Auftrag haben wir von Jesus Christus empfangen, in dem Gott Mensch wurde. In Christus scheint das wahre Humanum auf, weil Er, der menschengewordene Gott, uns mit sich selber versöhnt hat! Das „Humanum“ gibt es

nicht an sich als ein selbstverständliches Vorhandenes! – Und wo sollte „das“ zu suchen sein, wenn nicht in Gott und Gottes Gebot? Vor Gott ist der Mensch immer schon der Sünde verfallen, d. h. dem Hochmut, der verzweifelt er selbst sein will und immer daran scheitert. Es bedarf der vergebenden Christusgnade, die der wahre Mensch wiedergeboren werde. Formt der Christusglaube zuerst und zuletzt den Menschen, so wird er auch frei zu den mannigfaltigen Werken der Liebe. Das aber heißt, gerade nicht einem vermeintlichen „Gesetz der Geschichte“ zu gehorchen, heißt, nicht mitzuhelfen, den Sozialismus zu verwirklichen – das alles ist Rückfall unter die Knechtschaft der Weltelemente, Rückfall unter die Gesetzesherrschaft, wie es Paulus im Galaterbrief so meisterhaft darstellt. Die Liebe Christi wird in der stillen Bewahrung im Alltag gelebt. Das schließt politische Verantwortung nicht aus, sondern ein; aber nicht im Dienst einer saekularistischen Idee...

Ein „Humanum“ ohne Christus – wie es der Sozialismus proklamiert – ist – um mit St. Kierkegaard zu sprechen – nur noch der „Geruch der leeren Flasche“. Der eigentliche Inhalt fehlt; es duftet nur noch nach. Aber der bloße Duft kann offenbar immer noch berauschend sein. Ich teile deshalb nicht das Triumphgeschrei derer, sehr geehrter Herr Präses, die meinen, nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ sei auch der Sozialismus als Idee überwunden. Er wird als antichristliche und atheistische „Religion“ immer wieder seine Rechtfertiger und Anbeter, seine Fanatiker und seine Inquisitoren finden gemäß der Hegel'schen Dialektik, wenn die Tatsachen nicht der Idee entsprechen, um so schlimmer für die Tatsachen. Aber es kann nicht Aufgabe evangelischer Theologie und evangelischer Verkündigung sein, in jenen „Ersatzreligionen“ Verwandtes zu suchen oder gar gemeinsame „Aktionen“ durchzuführen...

Aus unserer Arbeit

Dem „C“ mehr Bedeutung schenken

München. Der 17. Juni 1990 wurde in München von der CSU auf besondere Weise begangen. Der Bezirksvorsitzende, Staatssekretär **Dr. Peter Gauweiler**, will dem „C“ im Namen der Partei künftig mehr Beachtung schenken und abwechselnd katholische und evangelische „Gottesdienste der Besinnung“ veranstalten, zu denen konfessionsübergreifend geladen wird. Am Abend des „Tag der Einheit“ war die evangelische St.-Cathäus-Kirche voll besetzt. „Im Zeichen des Dankes dafür, daß wir kurz vor dem Ziel der Einheit eines freien Deutschland“ stehen und zur Stärkung unseres gemeinsamen Wollens feiern wir einen Dank- und Besinnungsgottesdienst“. Der stellvertretende Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, **Pfarrer Wolfgang Hofmann**, hielt die Predigt. Er wurde im Ablauf des Gottesdienstes von ein Dutzend Pfarrern evangelischer und anderer Konfession unterstützt. – Das ist ein bemerkenswerter und für andere Parteigremien empfehlenswerter Vorgang.

**Wolfgang Vogelsong,
EAK-Bayern**

EAK Rotenburg/Wümme fördert bäuerliche Selbsthilfe

Bremervörde. Viele Inder können nicht lesen und schreiben – im indischen Bundesstaat Tamil Nadu ist es jede zweite Person. Das sind allein 25 Millionen Menschen in diesem Teil Indiens, die keinen Anteil an wichtigen Informationen haben, die ihr Leben betreffen. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU (EAK) im Landkreis Rotenburg/Wümme hat deshalb eine Spende an das Ev.-luth. Missionswerk in Niedersachsen (ELM), Hermannsburg, überreicht, damit entsprechende Bildungsprogramme realisiert werden können.

EAK-Kreisvorsitzender **Albert Rathjen** (Bremervörde) will die Hilfe in Zukunft auch auf den Brunnenbau und die Trinkwasserversorgung ausdeh-

nen. Denn im Bereich der Tamilkirche im Südosten Indiens ist es durchaus „normal“, wenn es jahrelang nicht regnet. Besonders betroffen sind dann die Menschen ohne eigenen Grundbesitz, denn ihre flachen Hausbrunnen versiegen zuerst. Diese Dorfbewohner müssen dann nicht selten viele Kilometer ge-

Öffentliche Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Niedersachsen

**Samstag, 22. September 1990, 10–15 Uhr
im Hoffmannshaus, Fallersleben (3180 Wolfsburg 12)**

10.45 Uhr „Niedersachsen nach 1990:

Das Profil der CDU in einer veränderten Gesellschaft“

Josef Stock, MdL, CDU-Landesvorsitzender

11.30 Uhr „Deutschland nach 1990:

Evangelische Akzente in der vereinigten CDU“

Peter Hintze, Bundesvorsitzender des EAK

13.00 Uhr „Als evangelischer Pastor in politischer Verantwortung“

Horst Gaede, Superintendent Tangermünde

Anmeldung/Informationen:

*CDU-Landesverband, Frau Jeschke,
Böttcherstr. 7, 3000 Hannover 21, Tel.: 05 11/7 11 01-26*

hen, um Wasser zu holen oder sie sind gezwungen, Trinkwasser von Grundbesitzern zu kaufen, die diese Situation oft ausnutzen und Wucherpreise verlangen.

Es ist deshalb ein vordringliches Ziel der Ev.-luth. Tamilkirche, gutes Trinkwasser in ausreichender Menge allen Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen. Dieses Brunnenbauprogramm soll in Zukunft verstärkt vom EAK Rotenburg/Wümme unterstützt und gefördert werden.

Ute Moßbrucker wieder Vorsitzende

Konstanz. Nach Begrüßung und Bericht standen zunächst Neuwahlen auf der Tagesordnung. Hierbei wurde die bisherige Kreisvorsitzende **Ute Moßbrucker** aus Radolfzell in ihrem

(Radolfzell), **Kuno Braun** (Gaienhofen), **Hans Häberlein** (Steißlingen), **Dr. Wolf-Dietrich Kleeberg** (Gaienhofen) und **Helga Kothe** (Singen).

Erfreut zeigte sich Ute Moßbrucker über die Bereitschaft junger Leute, sich im EAK zu engagieren. „Wir hatten noch nie soviel junge Menschen in unserem Vorstand.“

Im Anschluß an die Wahlen fand unter der Leitung von EAK-Landesgeschäftsführer **Herwig Schäfer** die angekündigte Podiumsdiskussion zum „Schulgebet“ mit dem Landtagsabgeordneten **Klaus v. Trotha**, der Landeselternbeiratsvorsitzenden **Dr. Renate Heinisch** und dem Schuldekan des evang. Bereiches **Dr. Hartmut Rupp** statt.

Zum sozialistischen Menschenbild

Leverkusen. In einer öffentlichen Versammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Leverkusen sprach in Leverkusen der Bonner Politikwissenschaftler und Psychologe **Dr. J. Kurt Klein** über das Thema: „Der Zusammenbruch des sozialistischen Menschenbildes – ein Beitrag zum revolutionären Prozeß in der DDR und in Osteuropa“.

Nach Dr. Klein liegt die Ursache für das Zusammenbrechen des sozialistischen Menschenbildes in der Unmenschlichkeit des Kommunismus, dem weltweit schätzungsweise 50 bis 60 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Ursprung dieser Entwicklung ist die kommunistische Theorie des existentiellen Materialismus. Danach ist der Mensch nur „denkende Materie“. Er hat lediglich Funktionswerte, aber keine Würde. Im Kommunismus gilt der Mensch ausschließlich als das Produkt seiner Verhältnisse. Ideale Verhältnisse (klassenlose Gesellschaft) führen demnach zum idealen Menschen. Singularismus und Planwirtschaft brachen zusammen, weil das Menschenbild falsch ist. Der einzelne Mensch will den Erfolg seiner eigenen Arbeit sehen und nutzen können; das Kollektiv lehnt er ab.

Amt bestätigt und einstimmig wiedergewählt.

Zu Stellvertretern gewählt wurden **Ulrich Hüls** aus Gottmadingen und **Dr. Helmut Flehr** aus Singen.

Neu in den Vorstand kam von Seiten der Jungen Union **Christian Metzner** aus Konstanz. Er übernahm das Amt des Schriftführers. Ebenfalls wiedergewählt als Pressesprecher wurde **J.-U. Baerle** aus Radolfzell.

Als Beisitzer in den Vorstand kamen **Gerlinde Bohnenstengel**

Politische Breitengrade nicht geographisch meßbar

Albstadt-Tailfingen/Burladingen. Im nachhinein bleibt nur zu staunen, wie alles so rasch gekommen ist. Unumwunden räumen selbst Experten ein, Art und Ausmaß des politischen Wandels in der Welt, der östlichen zumal, seien in dieser Qualität nicht vorhergesehen worden. **Friedrich Vogel**, Bundestagsabgeordneter der CDU und ehemals Staatsminister im Kanzleramt, beleuchtete das Frappierende der weltpolitischen Entwicklung aus der Perspektive des vergangenen Jahrzehnts, zu dessen Beginn Friede



Staatsminister a. D. **Friedrich Vogel**, Stellv. Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

zumeist noch allein als die Abwesenheit von Krieg interpretiert, die Parole „Lieber rot als tot“ allenthalben im Schwange gewesen sei. Vogel war einer Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU als Referent gemeinsam mit dem Abgeordneten des Wahlkreises, **Dr. Hermann Schwörer**, gefolgt. Vogel analysierte die neue Situation in Europa mit besonderem Augenmerk auf die Brisanz der bevorstehenden deutschen Vereinigung...

Pilotfunktion für die in Europa zu vollziehende Wirtschafts- und Währungs-Union und in weiter Ferne, politische Union könne die Vereinigung beider deutschen Staaten besitzen: Mit dem Staatsvertrag als ersten Schritt des Beitritts der DDR zum Grundgesetz, werde die „ungemein schwierige Operation“, zwei diametral unterschiedliche Wirtschaftsformen aneinanderzubinden, in Angriff

genommen. Immerhin: „Daß die EG dem Beitritt nach Art. 23 zugestimmt hat, läßt hoffen“, denn automatisch werde die DDR damit Mitglied der Gemeinschaft...

Vogels Ausblick: Wesentlich sei, die laufenden Prozesse nicht isoliert zu betrachten, sondern die deutsche Einheit mit Blick auf das europäische Zusammenwachsen zu verstehen, über den Bauarbeiten am europäischen Haus nicht die Trümmerfelder der Dritten Welt aus dem Auge zu verlieren. Denn: das geeinte Europa werde mehr, viel mehr an Weltverantwortung zu tragen haben als bisher. Keinesfalls dürften ob den optimistischen Perspektiven für die nördliche Hemisphäre die Anliegen der Dritten Welt hinangestellt werden. Und in dieser Hinsicht, so Friedrich Vogels Fazit, sei das größte Stück Arbeit noch ungetan.

Einladung:

**Vereinigungstreffen
des Evangelischen Arbeitskreises
auf dem 38. CDU-Bundesparteitag
am Sonntag, 30. 9. 1990, 17.30 Uhr
Saal D, Plaza-Hotel, Hamburg**

Gegenwärtige Umweltkrise ist zu meistern

Nagold. In der Reihe seiner Vortragsabende hatte der EAK Nagold **Prof. Dr. Foko Weberling**, Leiter der Abteilung Spezielle Botanik an der Universität Ulm, mit dem Thema „Bewahrung der Natur – Aufforderung zur Nüchternheit“ zu Gast. Dem Referenten ging es darum, in einer Zeit vieler und leidenschaftlicher Diskussionen über die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zur Sachbezogenheit und gründlichen Prüfung der Zusammenhänge aufzufordern. Notwendige Kompromisse bei der politischen Durchsetzung von Problemlösungen sollten nicht blockiert oder sogar durch Gewaltakte weiterer Schaden angerichtet werden. Man müsse geduldig prüfen, welches von zwei Übeln das kleinere sei.

Besonders der Christ sollte von seiner Verantwortung gegenüber der Schöpfung wissen.

Ankündigung:

Deutscher Evangelisationskongreß

9. – 12. Oktober 1990 · Killesberg Stuttgart

u. a. mit

Klaus Teschner, Rolf Scheffbuch, Siegfried Kettling,
Peter Strauch

Informationen:

**Kongreßbüro, Deutscher Evangelisationskongreß,
Stützenburgstraße 7, 7000 Stuttgart.**

Anmeldeschluß: 30. September 1990

Angst sei immer ein schlechter Ratgeber gewesen. Durch apokalyptische Darstellungen Technikfeindlichkeit zu erzeugen, sei verantwortungslos. Mit nüchternem und ruhigem Einsatz wissenschaftlicher Erkenntnisse sei auch die gegenwärtige Umweltkrise zu meistern. Bewahrung der Natur und vom Menschen

schusses für Jugend und Sport, zugleich aber auch Mitglied der Evangelischen Synode von Berlin-Brandenburg.

Vor allem in dieser Eigenschaft berichtete Dr. Anders eingehend über die Rolle der Kirche als schützendes Dach für systemkritische Gruppen christlicher und humanistischer Provenienz schon lange vor dem revolutionären Umbruch und über die montäglichen Friedensgebete als unmittelbare Ausgangspunkte der Demonstrationen. Diese Wurzel der Revolution im kirchlichen Raum habe sich nicht zuletzt in der Gewaltlosigkeit des gesamten Ablaufs bewährt.

geschaffener Kultur seien nicht von vornherein unvereinbar.

DDR-Politiker warnt vor deutscher „Sturzgeburt“

Augsburg. „Auch wir haben zu hören und zu lernen, damit wir nicht nur vertraglich, sondern auch menschlich wieder zusammenfinden“. Mit dieser Zielsetzung luden die EAK-Berzirksvorsitzenden von Schwaben und Augsburg, Oberbürgermeister a. D. **Dr. Hermann Keßler** und **Pfarrer Ulrich Schieder**, zur Zusammenkunft mit einem kompetenten Gast aus der DDR in das Tagungszentrum der Augsburger Diakonissenanstalt ein.

Als Referent und Gesprächspartner zum Thema „Ein Volk durch Freiheit und Gerechtigkeit“ stand der Volkskammerabgeordnete **Dr. Reinhard Anders** von der Schwesterpartei CDU zur Verfügung. Der Tierarzt aus dem Fläming ist stellvertretender Vorsitzender des Aus-

Zum Thema des Abends, das in Anlehnung an das Berliner EAK-Deutschland-Forum gewählt worden war, führte Dr. Anders aus, der Weg zum **einen Volk** sei zunächst und vor allem durch die Selbstbefreiung der Deutschen in der DDR von der SED-Herrschaft erkämpft worden. Die Wiedergewinnung der inneren Einheit setze aber außerdem eine gerechte Lastenverteilung voraus, nachdem die Deutschen in der DDR jahrzehntelang weitgehend alleine die schlimmen Folgen des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges zu tragen hatten. In diesem Sinne könne die Teilung nur durch Teilen überwunden werden. ■

Asylsuchende menschwürdig aufnehmen und keine Ängste schüren

Bonn. Im Hinblick auf Aufnahme- und Betreuungsverfahren der zu versorgenden Asylbe-

werber in Bonn übten Mitarbeiter des Kirchenkreises Kritik an Politik und Stadtverwaltung. Dagegen wandte sich der Vorsitzende des EAK im CDU-Kreisverband Bonn, Pfarrer **Gottfried Busch**, in einem Schreiben an den Kreissynodalvorstand des Evangelischen Kirchenkreises. Er schrieb Herrn Superintendenten **Burkhard Müller** folgenden „Offenen Brief“.

Sehr geehrter Herr Superintendent,

in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Bonn und im Auftrag meines Vorstandes wende ich mich an Sie mit diesem Offenen Brief.

Seit einigen Wochen ist unsere Zielort zahlreicher Sinti- und Romafamilien aus Rumänien, die in Bonn um politisches Asyl nachsuchen. Auf dem Höhepunkt der Zuwanderung im Monat Juli lag die Zahl der von der Stadt Bonn zu versorgenden Asylbewerber bei weit mehr als 4000, nicht gerechnet eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Kindern, die nicht eigens erfaßt werden. Durch Umverteilung auf weniger belastete Gemeinden sind die Zahlen derzeit rückläufig; noch immer halten sich aber in Bonn weit mehr Asylbewerber auf, als die Stadt nach der gültigen Quotierung aufnehmen müßte und auf Dauer verkraften kann.

Sie wissen, daß durch diese hohe Zahl, vor allem aber durch die spezifischen Lebensgewohnheiten der Sinti und Roma Probleme entstanden sind, die der Bevölkerung viel Geduld abfordern und die Mitarbeiter der Verwaltung über die Grenze des physisch und psychisch Zumutbaren hinaus belasten. Nach unserem Urteil haben diese Mitarbeiter alles Menschenmögliche unternommen, um den Interessen der Asylbewerber ebenso gerecht zu werden wie denen unserer Bevölkerung. Sie selbst haben in einem Kurzinterview im „Weg“ am 12. 8. 1990 dafür Worte des Verständnisses gefunden.

Was ansonsten aber aus der Evangelischen Kirche in Bonn zu diesem Thema beigetragen wird, macht uns zornig. Nicht nur, daß sich neben einem der beiden Studentenpfarrer die Ausländerbeauftragte des Kirchenkreises an der völlig mißglückten Aktion des Herrn von Grünberg

beteiligte, gewaltsam die Duschsen vor dem Windeck-Bunker niederzureißen, sie machten sich auch die absurde Beschuldigung zu eigen, Stadtverwaltung und Politiker handelten rassistisch und menschenverachtend. In einer Pressekonferenz erhoben sie zudem den Vorwurf, die Ausländerbehörde gäbe falsche Auskünfte, verweigerte die Annahme von Asylanträgen und beging Rechtsbrüche. Der zuständige Amtsleiter hat dieser Darstellung inzwischen mit Nachdruck widersprochen. Es paßt ins Bild, daß in einem Kommentar des „Weg“ Politikern und Einwohnern unterstellt wurde, der Zustand der Grünanlagen sei „ihnen wichtiger als die Gesundheit der vielen schwangeren Frauen, kleinen Kindern und Säuglinge unter den Rumänen“.

Wer nun, eingebettet in diese wahrheitswidrigen Angriffe, wenigstens konstruktive Vorschläge erwartet, sucht vergebens. Gespräche werden gefordert, sozialarbeiterische Maßnahmen und Schulunterricht für die Kinder. Ein Hinweis, wer dies unter den gegebenen Umständen wo und wie leisten könnte, fehlt.

Es ist unseres Erachtens an der Zeit, daß die Leitung des Evangelischen Kirchenkreises Bonn ein öffentliches Wort sagt, welches die Dinge richtig stellt und die vielfältigen Bemühungen würdigt, zu menschlich vertretbaren Lösungen zu kommen. Auf dieser Basis könnte man dann sicherlich auch Unzulänglichkeiten und Versäumnisse benennen, wenn es solche gibt. Jetzt aber ist der Eindruck entstanden, daß hier lediglich eine willkommene Gelegenheit genutzt wird, die politisch Verantwortlichen in unserer Stadt an den Pranger zu stellen – unter Mißachtung des 8. Gebotes samt Luthers Erklärung im Kleinen Katechismus.

Wir treten dafür ein, daß das Asylrecht für tatsächlich politisch Verfolgte grundrechtlich und praktisch erhalten bleibt. Es dient diesem Ziel nicht, wenn durch spektakuläre Aktionen und unrealistische Forderungen Ängste geschürt werden, und der ursprünglich bestehende Konsens in der Bevölkerung über das Grundrecht des Artikels 16 weiteren Schaden nimmt. In der Erwartung, daß Sie sich unserer Bitte um ein klärendes und den entstandenen Eindruck korrigierendes Wort nicht verschließen, verbleibe ich

*mit freundlichen Grüßen
Pfarrer Gottfried Busch*

Terminhinweis:

Regionaler Gemeindetag unter dem Wort »Umkehr in die Zukunft«

Rheingoldhalle, Mainz
23. September 1990, 10–16 Uhr

Informationen: Ralf Richter, Finkenstraße 3,
6500 Mainz, Tel. 0 61 31/3 24 36

Reaktion auf Kirchenwort zur Abtreibung

Frankfurt. Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hessen hat die gemeinsame Erklärung der beiden großen Kirchen in Deutschland „Zur Frage nach dem Schutz des ungeborenen Lebens im Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ mit Nachdruck begrüßt.

Der Vorsitzende der CDU-Vereinigung in Hessen, **Arnulf Borsche**, hat in diesem Zusammenhang erklärt, daß es der Evangelische Arbeitskreis der CDU Hessen für skandalös hält, daß die Regelungen für einen Schwangerschaftsabbruch nach dem Willen der SPD zum Stolperstein für die Verabschiedung des Einigungsvertrages mit der DDR werden sollen.

Wenn sich die Opposition auf die zur Zeit geltende Fristenregelung der Deutschen Demokratischen Republik beruft, so muß sie zum einen zur Kenntnis nehmen, daß die Argumente für diese Regelung nicht zur Wertordnung des Grundgesetzes passen und daß zum anderen eine demokratische Legitimation dieser gesetzlichen Regelung in der DDR nicht gegeben sei.

Außerdem stehe die DDR-Regelung in eklatantem Widerspruch zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und seine Auslegung durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 25. 2. 1975. Diese Tatsache mache deutlich, auf wie schwachen Füßen die Forderung der SPD stehe.

Wenn von DDR-Seite die Übernahme der dort praktizierten Regelungen unter dem Gesichtspunkt der „Erhaltung sozialen Besitzstandes“ gefordert werde, so müsse man davon ausgehen, daß in der DDR offenbar nicht bekannt ist, in welchem Umfang soziale Hilfe für werdende Mütter und junge Familien durch Gesetze in der Bun-

desrepublik Deutschland gewährleistet wird. Die Kirchen leisteten auf diesem Gebiet wertvolle zusätzliche Unterstützung, und würden dies sicher in besonderem Maße auch auf dem Gebiet der heutigen DDR in Zukunft tun.

Die Bedeutung der Werte in einer Zeit des gesellschaftlichen Wertewandels

Pinneberg. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung des EAK mit dem Arbeitskreis Bildung der CDU im Kreis Pinneberg stellten sich zwei Teilnehmer der Diskussion.

Zunächst führte Frau **Dr. Ursula Oberbeck-Jacobs**, Vorsitzende des Arbeitskreises Bildung, Gründe und Ursachen für den heutigen Wertewandel auf. Die Umgangsformen der Menschen untereinander seien schonungsloser geworden.

Dagegen hätten sich die Erziehungsmethoden wie auch die Erziehungsziele verändert: Selbstdisziplin sei nicht mehr Gegenstand der Erziehung. Übertriebener Individualismus führe zur Selbstüberschätzung. Ein wachsender Prozentsatz der Menschen mit differenzierter Bildung lasse sich nicht mehr auf vorgegebene Werte und Normen festlegen.

Anschließend stellte Diplomingenieur **Menno Jelten** seine Thesen vor.

Soll sich die Vision des Zusammenwachsens von Ökonomie, Ökologie und Ethik erfüllen, muß Verantwortungsethik schon an Schulen und Hochschulen systematisch erlernt werden, müssen Dialoge in unserer Gesellschaft – auch zwischen den politischen Parteien – mit dem Ziel geführt werden, Konsens zur Lösung großer Aufgaben z. B. im globalen Umweltschutz und in der Dritten Welt zu erreichen. ■

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Peter Hintze; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Aus dem Inhalt:

- Sozialismus am Ende 1
- Millionen hungern und
dürsten – und wir? 2
- Die 90er Jahre: Chance
für die Zukunft
der Erde 3
- Partnerschaftliches
Miteinander mit den
schwach industrialisier-
ten Ländern der Welt 4
- Das Selbstbild der
haitianischen
Landfrauen 6
- Kirchentag ist
Wirklichkeit und
Hoffnung 8
- Jeder Mensch ist
irgendwo ein Fremder 9
- Kirchenerklärung 10
- Kurz notiert 11
- Büchermarkt 12
- Aus unserer Arbeit 13

Blutigen Unruhen in Südafrika beenden

Bonn. Verwundert über das bisherige Schweigen der Kirchen zu den blutigen Kämpfen zwischen verfeindeten Gruppen von Schwarzen in Südafrika hat sich der Bundesvorsitzende des EAK **Peter Hintze** geäußert. Er rief in einer Erklärung den Rat der EKD auf, den Weltkirchenrat (Genf) zum Handeln zu drängen. Der ökumenische Dachverband, der sich bisher immer zu Recht gegen die Apartheid gewandt habe, müsse jetzt das schwarz-schwarze Massaker in aller Öffentlichkeit und mit aller Entschiedenheit auf das Schärfste verurteilen.

»Nur mit großer Sorge kann man in den letzten Tagen und Wochen die blutigen Auseinandersetzungen im südlichen Afrika verfolgen. Wieder einmal bewahrheitet sich die bittere Erfahrung, daß Gewalt Gewalt erzeugt: Über 500 Tote, mehrere tausend Verletzte bilden die bisherige Bilanz einer schwarz-schwarzen Tragödie, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Vor allem ist damit zu rechnen, daß sie immer wieder neu aufbrechen können.

Man wagt sich den Aufschrei der Öffentlichkeit kaum auszumalen, wenn die 500 Toten eine Folge der Auseinandersetzungen zwischen der schwarzen Mehrheit und der weißen Minderheit wären. Doch angesichts der Tatsache, das Schwarz gegen Schwarz kämpft, schweigt man. Nicht zuletzt deshalb, weil der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) eine der beiden Hauptparteien in diesem Konflikt ist – jene Organisation, die den Terror nicht ablehnt und die

von den Kirchen außerhalb Südafrikas weitgehend unterstutzt wird.

Deshalb erwarte ich vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), daß er sofort den Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) in Genf zum Handeln drängt. Der ÖRK muß das schwarz-schwarze Massaker in aller Öffentlichkeit und mit aller Entschiedenheit auf das Schärfste verurteilen, so wie er sich bisher immer zu Recht gegen die Apartheid gewandt hat. Außerdem muß er auf die kirchlichen Kräfte innerhalb des ANC Druck ausüben, sich für die sofortige Einstellung der Kämpfe einzusetzen, und alles Erdenkliche unternehmen, um ein Wiederaufleben zu verhindern.

Aber auch die EKD darf nicht schweigen. In der Vergangenheit hat man immer diejenigen unterstutzt, die den Boykott von „Früchten der Apartheid“ forderten, die die Kündigung kirchlicher Konten bei Banken for-

derten, die mit Südafrika Geschäftsbeziehungen unterhielten, oder die sich uneingeschränkt auf die Seite des ANC stellten. Nun muß sie dem ANC ins Gewissen reden und ihm deutlich machen, daß die Grenze des Zumutbaren erreicht ist. Das ist die EKD ihren Gliedkirchen und den 25 Millionen Protestanten in der Bundesrepublik schuldig – aber auch den Opfern und deren Angehörigen dieser schrecklichen Auseinandersetzung.«

Unsere Autoren

Peter Hintze
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn 1

Hermann Gröhe
Annaberger Str. 283
5300 Bonn 2

Bundesminister
Dr. Jürgen Warnke
BMZ
Karl-Marx-Str. 4-6
5300 Bonn 1

Minister
Hans-Wilhelm Ebeling
Leipziger Str. 5-7
DDR-1080 Berlin

Beate Schmidt-Behlau
Paul-Kemp-Str. 8 a
5300 Bonn 2

Carola Wolf
Magdeburger Str. 59
6400 Fulda

Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zum

2. Deutschland-Forum

Samstag, 27. 10. 1990, 11-15.30 Uhr, Bonn

mit Politikern und Theologen aus Ost und West

Informationen: EAK-Bundesgeschäftsstelle,
Telefon: 02 28/544-302